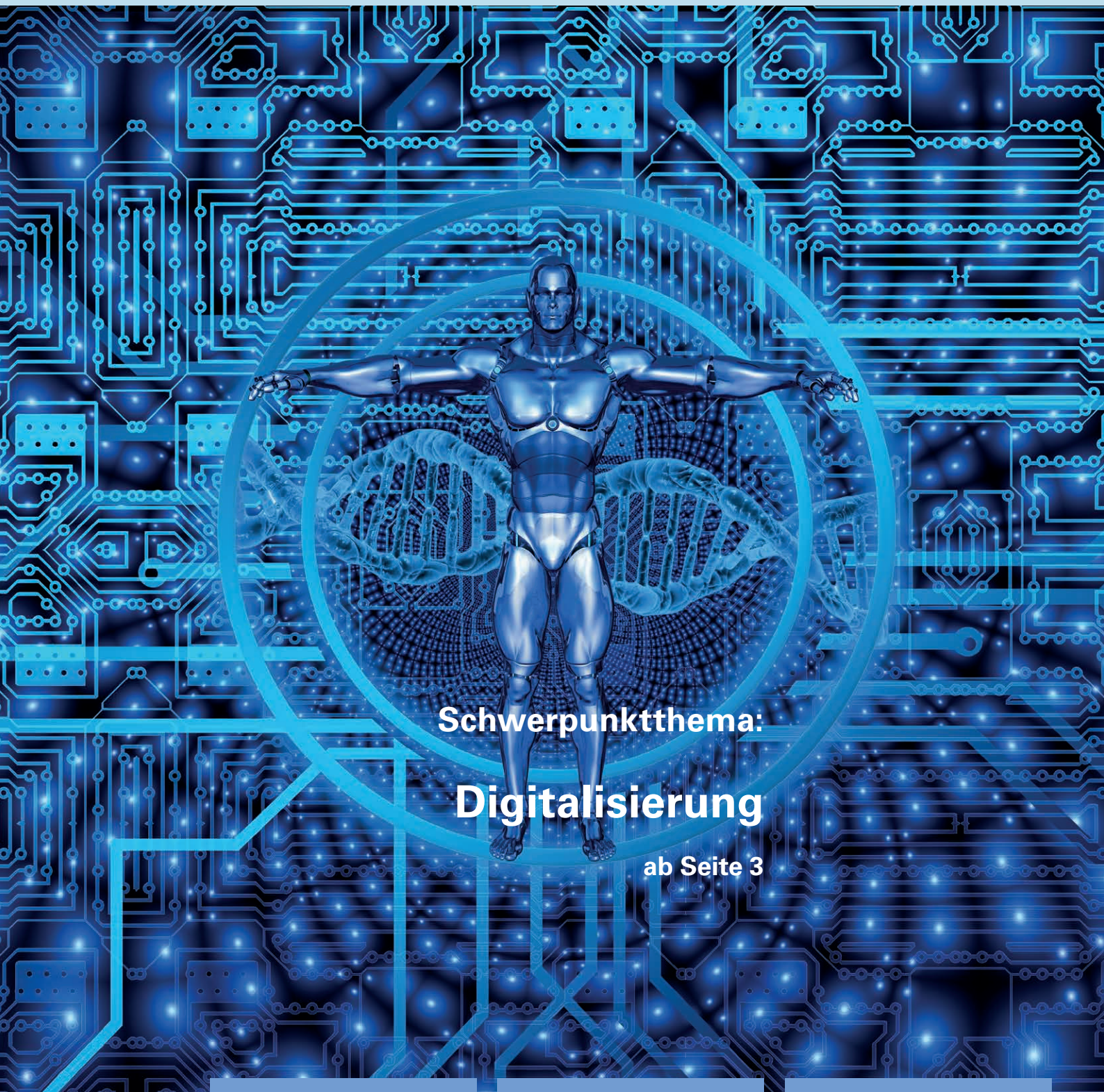




AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Schwerpunktthema:

Digitalisierung

ab Seite 3

Mobilität im Stau

Unsere Gesellschaft braucht Mobilität wie die Luft zum Atmen. Doch trotz technischem Fortschritt und Vernetzung fallen geeignete Lösungen nicht vom Himmel.

Seite 10

Europa hat gewählt

Nach Brexit und Flüchtlingskrise nun der Machtpoker um die Spitzenämter. Taumelt die EU auf ihr Ende zu oder liegt in den Krisen die Chance für einen Neuanfang?

Seite 11

Kindergesundheit

Beim 1. Kindergesundheitsgipfel diskutierten Vertreter aller deutschen Universitätskinderkliniken, wie kranke Kinder trotz ökonomischem Druck zu ihrem Recht kommen.

Seite 13

Inhalt

SCHWERPUNKT DIGITALISIERUNG

- 3** Mit dem Breitband die Folgen des demografischen Wandels mildern
- 7** Arbeitsmarkt und Sozialsysteme im digitalen Wandel
- 9** Tutzinger Diskurs „Big Data im Gesundheitswesen“ lebt an Schulen weiter

WIRTSCHAFT

- 10** Wenn die Mobilität im Stau steckt

EUROPA

- 11** Europa hat gewählt – Welche Wahl hat Europa?

GESUNDHEITSPOLITIK

- 13** Kranke Kinder stärken – Kinderrechte umsetzen!

MEDIEN

- 16** Öffentlichkeit 4.0

POLITISCHE BILDUNG

- 18** Gesellschaftliche Veränderungen gestalten

AKADEMIE INTERN

- 20** Streitbar und immer fair
- 20** Personalverzeichnis
- 21** Auf den Spuren von Teilung und Einheit
- 22** Politische Bildung und Verfassung
- 22** Besuch aus China
- 23** Aus der maritimen Geschichte der Akademie
- 24** Neuerscheinungen
- 26** Termine
- 27** Namen – Nachrichten
- 28** Impressum

Blick über den See



Es hätte funktionieren können. Wenn zentrale Rahmenbedingungen andere gewesen und wenn verschiedene Entscheidungen anders verlaufen wären. Dann hätte es mit dem Spitzenkandidaten-Prinzip in der EU klappen können. Dafür, dass es doch nicht funktioniert hat, werden der Öffentlichkeit diverse Erklärungen geliefert. Bemerkenswert daran ist – auch für die Politische Bildung – die damit verbundene Mythenbildung.

Zum einen werden das Scheitern der Spitzenkandidaten und das damit verbundene angebliche Übergehen des Parlaments als Beschädigung der Demokratie in der EU interpretiert. Diese Deutung wird zwar durch den Verweis auf die „Enttäuschung“ der Öffentlichkeit relativiert – sie trifft aber dennoch nicht zu. Schon deshalb nicht, weil die EU eben kein Staat ist. Es ist falsch, sie an den Maßstäben eines nationalen parlamentarischen Regierungssystems zu messen. Medien und Politische Bildung begehen seit geraumer Zeit den Fehler, in der Öffentlichkeit die Hoffnung auf eine ständig voranschreitende Parlamentarisierung und Demokratisierung der EU zu wecken. Und sie vergessen zu erläutern, dass sich sehr viele EU-Regelungen eben nicht aus Entscheidungen des Parlaments oder des Rates, sondern unmittelbar aus den europäischen Verträgen sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ergeben.

Zur Mythenbildung gehört auch das Verhalten von Akteuren im EU-Parlament. Sie geben ungern zu, dass es vor allem ihnen nicht gelang, sich auf einen Spitzenkandidaten zu verständigen. Besonders populär – eher populistisch – ist jedoch die Schmähung der „Hinterzimmer“. Sie ignoriert, dass es kein „öffentliches“ Format (im Gegensatz zu „Hinterzimmer“) gibt, das es 28 bzw. 27 europäischen Mitgliedstaaten in Rücksprache mit sieben Fraktionen ermöglicht, sich auf die Besetzung von fünf europäischen Spitzenpositionen so zu verständigen, dass dabei eine mit Blick auf Erfahrungen, Herkunft, Geschlecht und Partei ausgewogene und mehrheitsfähige Lösung gefunden wird.

Mein Vorschlag: Wir verabschieden uns von diesen Mythen und befassen uns lieber mit der Frage, wie es gelingen kann, über realistische Zukunftsszenarien der EU zu diskutieren – unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit, aber durchaus auch in konstruktiv arbeitenden Hinterzimmern.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Mit dem Breitband die Folgen des demografischen Wandels mildern

Der demografische Wandel und die Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelten zählen zu den größten Herausforderungen der Gegenwart. Und sie hängen eng zusammen.

ÜBERALTERUNG und Zuwanderung haben Effekte auf die Bevölkerungsstruktur, auf die Sozialsysteme, auf das Gesundheitswesen, auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftskraft und nicht zuletzt auf das Stadt-Land-Gefüge. Das alles findet unter den Bedingungen einer zunehmend digitalisierten Welt statt.

Kann Digitalisierung diese Herausforderungen abmildern? Oder verstärkt sie diese noch? Welche Folgen hat der demografische Wandel im digitalen Zeitalter für den Einzelnen als Privatmensch, aber auch als homo politicus? Wie wirkt er sich auf die Beschäftigungsstruktur und -verhältnisse aus? Welche Auswirkungen hat er auf die Qualifizierungsanforderungen und das Bildungssystem? Was bedeutet er für den Sozialstaat und für den regionalen Zusammenhalt?

Transformationen sind gestaltbar

Diese Fragen an der Schnittstelle von demografischer und digitaler Transformation verlangen nach Antworten und Strategien von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, so Sven Jung vom Handelsblatt Research Institute. Transformationen seien stets mehrdimensional und gerade zwischen demografischem und digitalem Wandel treten Wechselwirkungen auf. Gestaltung sei notwendig, damit Synergien aktiviert und sich gegenseitig verstärkende negative Effekte aufgehoben bzw. abgemildert werden. Deutlich ist: „Es wird Gewinner, aber auch Verlierer geben – unter dem Strich sollten aber alle gewinnen.“ Das könne aber nur gewährleistet werden, wenn Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ihrem Gestaltungsanspruch gerecht werden.

Wenig Substantielles in der EU

Neben den Nationalstaaten ist auch die EU in der Pflicht. Sie habe zwar schon früh demografischen Wandel und Digitalisierung als Herausforderungen erkannt, sagte Andreas Boes vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation, und entsprechend schon „in den 1990er Jahren ein Grün- und ein Weißbuch aufgelegt“. Substantielles sei aber seitdem wenig passiert, wenn man über die durchaus fort-



© GERD ALTMANN (GERALT) / PIXABAY

schrittliche Datenschutz-Grundverordnung hinwegsieht. „Der Zug ist noch nicht abgefahren, aber es ist fünf vor zwölf“: Neben der Informationsebene müsse Europa vor allem auf der Plattformebene aktiv werden und auch dort sowohl Orientierung als auch (rechtlichen) Rahmen setzen. Denn gerade beim Regulierungsbedarf liege Europas Trumpf, zumal europäische Maßstäbe gegenüber denen anderer Länder für gewöhnlich stets normativ ausgerichtet sind.



Andreas Boes: „Den Diskurs über digitale Technologien nicht den Ingenieuren überlassen.“

© Archiv (APB)

Boes plädierte dafür, den Diskurs über digitale Technologien nicht den Ingenieuren zu überlassen. Vielmehr müssten sich insbesondere Sozialwissenschaftler stärker

einmischen und ihren Deutungsanspruch geltend machen. „Im Moment bieten die Politik und die Wissenschaft wenig Orientierung. Dadurch entstehen in der Bevölkerung diffuse Ängste, die umgehend aufgegriffen werden müssten.“

Engpässe am Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt führe die Digitalisierung zunehmend zur Übernahme von Routinetätigkeiten durch Maschinen. Berufsbilder wandeln sich – manche fallen weg, andere kommen neu hinzu, so etwa Data Scientists. Insgesamt ist laut Jung von einem Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften auszugehen. Andererseits wird es anhaltend Engpässe und

Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt geben. Rainer Kotschy von der LMU München machte deutlich, dass Bildung mehr denn je ein relevantes Instrument für die Kompensation gesellschaftlicher Alterungseffekte ist.

Angepasste Bildungsziele

Daher müsse das Bildungssystem neu ausgerichtet werden: Das faktenbasierte Wissen verliere im Informationszeitalter weiterhin an Bedeutung. Notwendige Daten seien in Sekundenschnelle und überall abrufbar. Es komme mehr denn je auf den Umgang mit Wissen an: auf Quellenkritik und reflektierte Einordnung von Informationen. Wichtig sei ebenso ein natürlicher und souveräner Umgang mit digitalen Medien und Infrastrukturen im Alltag, so Michael Kerres vom Learning Lab der Universität Duisburg-Essen.



Michael Kerres: „Digitale Kompetenzen sind integraler Bestandteil von Bildungsprofilen.“

Dazu zählen elektronische Behördengänge und der Umgang mit vernetzten Systemen im Arbeitsleben. Denn „es muss nicht jeder Blockchains programmieren können, aber ‚Digital Citizenship Skills‘ beherrschen“, forderte Sven Jung. Bildung müsse jene Kompetenzen vermitteln, die über kurz oder lang nicht von Maschinen substituierbar seien: soziale Intelligenz

mit Empathie und Gemeinschaftlichkeit, Kreativität und schöpferische Problemlösungsfähigkeit. Bildung in der digitalen Gesellschaft müsse vor allem darauf abzielen, eine Identität im Umgang mit Medien zu entwickeln: Konkrete Bildungsinhalte müssen von der normativen Setzung der Vision unserer Gesellschaft abgeleitet werden, die sich im ständigen Reflexionsprozess befinde. Dazu gehöre auch die Fähigkeit zur wertorientierten Güterabwägung, etwa zwischen Innovation und Datenschutz.

Analog und digital verschmilzt

Bei der Bildung dürfe nicht mehr zwischen einer analogen und einer digitalen Welt unterschieden werden. Beides müsse gemeinsam vermittelt werden: „Digitale Kompetenzen sind nichts Additives, sondern integraler Bestandteil von Bildungsprofilen. Sie durchdringen unsere Lebenswelten“, so Kerres.

Im digitalen Zeitalter wird lebenslanges Lernen immer wichtiger – und zwar in allen Arbeitsbereichen und Branchen: angefangen beim klassischen Ingenieurwesen, über Bildung bis zur Medizin oder auch

Landwirtschaft. Alle Bereiche sind vom technologischen Wandel betroffen. Alle Mitarbeiter müssten umfassend geschult werden, wie Klaus Bengler von der TU München betonte: „Lernprozesse finden auf allen Ebenen der Organisation statt.“ Insgesamt müssen wir den „Menschen mehr zutrauen und sie als mündige und selbstbestimmte Gestalter ihrer Arbeitswelt ernst nehmen“, betonte Luise Ortloff von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften. Der Fokus solle nicht darauf gelegt werden: „Was habe ich (formal) gelernt?“, sondern darauf: „Was kann ich? Bzw. was müsste ich können?“ Die Ausbildung müsse breit angelegt werden, sodass man durchaus zwischen unterschiedlichen, miteinander verwandten Berufen wechseln könne.



Luise Ortloff: „Menschen als mündige und selbstbestimmte Gestalter ihrer Arbeitswelt ernst nehmen.“

Neue Generationengerechtigkeit

Die Wechselwirkungen von demografischem Wandel und digitaler Transformation stellen besonders auch die Systeme der sozialen Sicherung sowie das Gesundheits- und Pflegewesen vor neue Herausforderungen. Mitte der nächsten Dekade werden die sogenannten Baby-Boomer ins Rentenalter kommen. Hinzu kommt, dass sich wegen der steigenden Lebenserwartung die Dauer des Rentenbezugs verlängert.



Axel Börsch-Supan sieht zukünftig immense Finanzierungsprobleme des Sozialstaats.

Axel Börsch-Supan, Direktor am Münchner Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, rechnete vor, dass „man heute für jede Stunde um zusätzliche zwölf Minuten länger leben wird“. So werden im Jahr 2035 – bei konstant bleibender Geburtenrate und Zuwanderung – auf einen Rentner lediglich nur mehr zwei Erwerbstätige kommen – ein Drittel weniger als heute. Zugleich wächst durch die Digitalisierung der Anteil der Selbständigen. Dadurch wird die Einnahmenseite der Sozialsysteme zusätzlich in Mitleidenschaft gezogen. Die Folge sind immense Finanzierungsprobleme des Sozialstaats.

Einerseits werden die Beitragssätze steigen, andererseits wird das Rentenniveau relativ sinken: Börsch-Supan geht davon aus, dass bei einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von 1,5 Prozent pro Jahr die Renten künftig kaufkraftbereinigt um 1,0 Prozent steigen werden. Das sei eine neue Generationengerechtigkeit: Die Erwerbstätigen müssen höhere Beiträge zahlen, die Rentner müssen die relativ geringere Steigerung ihrer Bezüge hinnehmen. Beide müssen „einstecken“, würden aber gleich und fair behandelt.

Effektiver und teurer

Die höhere Lebenserwartung führt auch im Gesundheitswesen zu steigenden Kosten weil die Einnahmen durch Renteneintritt und Alterung zurückgehen. Aber durch Digitalisierung gibt es auch Chancen für Kostensenkungen: Durch Diagnostik auf Grundlage von Big Data, durch Automatisierung, technologische Innovationen und durch eine bessere Adressierung von Therapien wird die Medizin deutlich effektiver. Ähnliches sei auch für die Pflege zu erwarten, so Florian Fischer von der Fakultät für Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld: Zwar werden Pflegeroboter Menschen nicht ersetzen; vielmehr werden sie die ohnehin zu wenigen Pflegekräfte entlasten und produktiver machen. Unter dem Strich aber, so befürchtet Sven Jung, wird die Digitalisierung die Kosten im Gesundheits- und Pflegewesen nicht spürbar senken können: „Denn neue Therapien, die erst durch digitale Technologien möglich werden, sind teuer. Die Digitalisierung kann das grundsätzliche Problem nicht lösen, dass die Einnahmen schrumpfen und die Ausgaben steigen.“

Vielmehr müsse man das gesamte Sozialsystem auf eine neue Basis stellen. Denn solange Löhne weiterhin seine Finanzierungsgrundlage bilden und immer weniger junge immer mehr alte Menschen versorgen müssen, wird es sich am Abgrund bewegen. Andererseits könne nicht vorrangig auf private Vorsorge abgestellt werden, da sonst neue gesellschaftliche Brüche zwischen Armen und Reichen entstehen würden. Es gelte, beide Prinzipien miteinander auszubalancieren. Die politische Debatte darüber sei mehr als überfällig.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Doch nicht nur die Alterung der Bevölkerung bereitet den Demographen Sorge. Auch die gleichwertigen Lebensverhältnisse, die im Grundgesetz verankert sind (Art. 20), sind in Gefahr. Der Anspruch ist, dass „egal in welcher Region ich lebe, ich (infrastrukturell) so ausgestattet, versorgt und abgesichert sein muss, dass ich landesweit wettbewerbsfähig bin“, erklärt Steffen Maretzke von der Deutschen Gesellschaft für Demographie. Tatsächlich aber hängen Er-

werbsmöglichkeiten, Einkommen und Daseinsvorsorge in Deutschland erheblich davon ab, wo ein Mensch lebt. Der Osten Deutschlands hinkt dem Westen wirtschaftlich weiterhin hinterher und ländliche Regionen, vor allem in den Grenzgebieten, drohen durch schlechte Infrastruktur abgehängt zu werden. „Wenn sich an der Ungleichheit nichts ändert, reagieren die Menschen mit Ab- oder Zuwanderung.“

Auch wenn laut Manuel Slupina vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung „die Abwanderung aus dem Osten gestoppt scheint“, geht „der Bevölkerungs-



Steffen Maretzke: „Ländliche Regionen drohen durch schlechte Infrastruktur abgehängt zu werden.“

ungsschwund in den neuen Bundesländern weiter, denn die Sterbe- übersteigt die Geburtenrate.“ Doch auch darüber hinaus gilt: Das Niveau der regionalen Disparitäten wird sich weiter zu Lasten derjenigen Regionen verschieben, die schon heute vor besonderen Herausforderungen stehen. Maretzke fordert von der Politik mehr Mut, Entscheidungen umzusetzen und den

Strukturwandel aktiv zu gestalten. „Verantwortung für die Fläche“ sei Kernelement des Sozialstaates.

Breitband gegen demografischen Wandel

Um ländliche Gebiete wieder attraktiv zu machen, ist Kreativität gefordert. Slupina ist überzeugt: Die regionale Entwicklungsfähigkeit in der digitalen Ära wird sich daran festmachen, wie gut es gelingt „kluge Köpfe“ anzuziehen und zu halten. Ohne flächendeckende Breitbandversorgung werden digitale Lösungen nicht möglich sein. Beispiele: vernetzte Versorgungsformen für gemeinsame Vermarktung regionaler Händler: Ein Lieferwagen fährt Lebensmittel in entlegene Dörfer ohne Einkaufsmöglichkeiten. Über Apps lassen sich Mitfahrgelegenheiten an Orten organisieren, die schlecht an das Linienbusnetz angeschlossen sind. Online-Plattformen können junge Städter zusammenbringen, die aufs Land ziehen, dort aber nicht allein sein wollen. Und Pendlerbusse mit WLAN-Arbeitsplätzen bringen Großstädter zu Betrieben auf dem Land, die vor Ort keine Fachkräfte finden. Dafür brauche es laut Slupina eine kommunale Finanzreform: mehr Mittel für Selbstverwaltungsaufgaben, sodass dezentrale Ideen und Lösungen entwickelt werden können, die dann durchaus über die Region hinaus wirken.

Verstärkte gesellschaftliche Spaltungen zwischen Jung und Alt befeuert der demografische Wandel auch hinsichtlich der Repräsentativität des politischen Systems, wie Achim Goerres von der Universität Duisburg-Essen zeigte. Bei der Bundestagswahl 2013 war das erste Mal mehr als die Hälfte der Bürger, die tatsächlich zur Wahl gegangen sind, älter als 50 Jahre alt. Damit nehmen „graue Mehrheiten“ Einfluss auf die Politik, die nur bedingt die Wünsche, Positionen und Vorstellungen der jüngeren Generationen repräsentieren.

Jüngere – soweit sie überhaupt politisch aktiv sind – versuchen eher über nicht-institutionalisierte Formen der politischen Beteiligung Einfluss zu nehmen: durch Proteste, Unterschriftenaktionen und in Zeiten der Digitalisierung vermehrt über Social Media und digitale Plattformen.

Das erste Problem: Unser politisches System ist auf dem Ohr der nicht-institutionalisierten Beteiligung halbtot. Insofern schlägt eher das Ergebnis von Wahlen durch. Das zweite Problem liegt in der sozialen Repräsentativität: Bei Wahlen, zumindest je höher die Wahlbeteiligung, sind soziale Schichten annähernd gleichmäßig repräsentiert. Nicht-institutionalisierte Partizipation ist hingegen vor allem in Händen der Bildungsbürger – vor allem der jüngeren, zunehmend aber auch der älteren. Dadurch entsteht eine soziale Verzerrung. Goerres' Antwort auf dieses doppelte Dilemma: Einerseits müsse sich die Politik verstärkt den digitalen Plattformen öffnen; andererseits müsse sie unentwegt auf eine hohe Beteiligung bei Wahlen hinwirken, zumal letztere auch aus Gründen

der gleichmäßigen Repräsentativität der Königskanal für Partizipation bleiben werden.

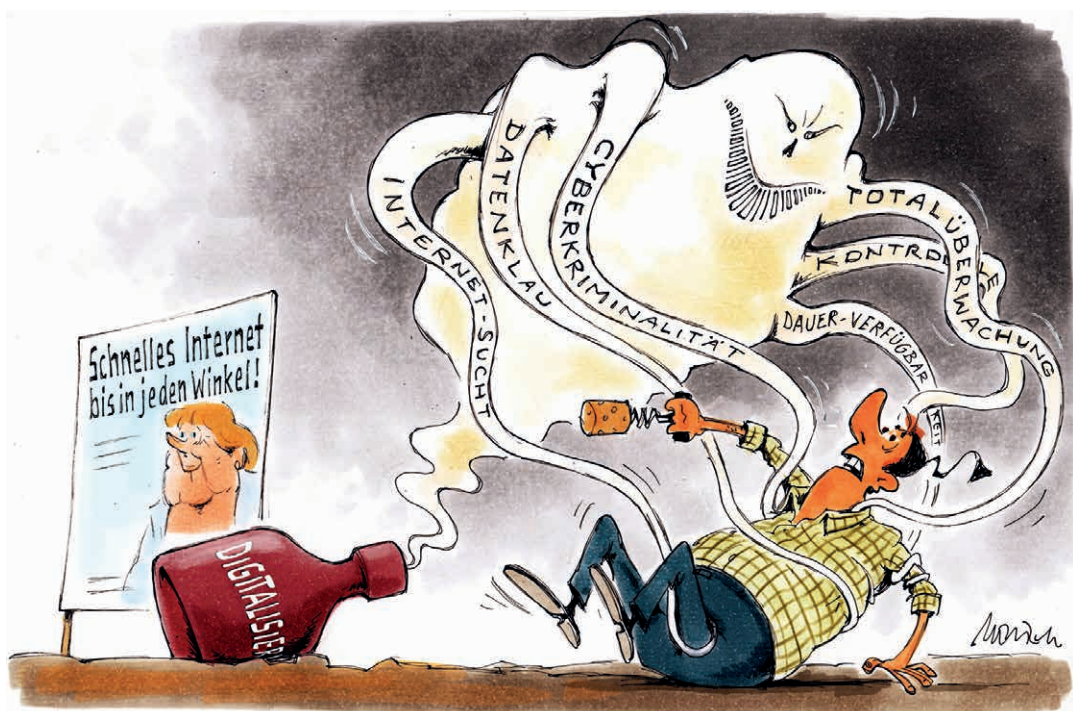
Nötige Migration

Weder der demografische Wandel noch die digitale Transformation stellen ausweglose Bedrohungen dar. Sie gehen sowohl mit Risiken als auch mit Chancen einher. Beide können und müssen aber durch Reformen – im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt wie auch hinsichtlich der sozialen Sicherung und des Gesundheits- und Pflegewesens – gestaltet werden, damit diese Entwicklungen gemeinschaftsverträglich und zukunftsfest verlaufen. Doch ohne Zuwanderung wird nach Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik die Bilanz der Transformation nicht positiv ausfallen können. Insofern müssen die europäischen Staaten wie auch die EU dringend darüber diskutieren, in welchem Maß sie den Bevölkerungsschwund durch Migration ausgleichen können und wollen.



Steffen Angenendt: „Ohne Zuwanderung wird die Bilanz der digitalen Transformation nicht positiv ausfallen.“

Andreas Kalina
Beate Winterer
Ellen Fritsche



© MESTER

Arbeitsmarkt und Sozialsysteme im digitalen Wandel

Die Digitalisierung verändert Produktionsweise und Arbeitswelt tiefgreifend. Die Auswirkungen sind noch nicht absehbar.

EINIGE BEFÜRCHTEN – wie bei jedem vorherigen Innovationsschub – den Verlust von Arbeitsplätzen, andere betonen stärker die Chancen für Wachstum und Produktivität. Auch ist nicht klar, welche Wirkungen für die Sozialsysteme, die internationale Arbeitsteilung und die regionalen Disparitäten zu erwarten sind. Gemeinsam mit Sozialwissenschaftlern und Vertretern der Wirtschaft und der Politik haben wir diese Themen* diskutiert.

Alle Berufe seien von der Digitalisierung betroffen, so Hartmut Hirsch-Kreinsen, Soziologe an der TU Dortmund. Die Künstliche Intelligenz (KI) schaffe zudem die Möglichkeit, autonom lernende und adaptive Systeme zu entwickeln. Mit denen könnten nicht nur einfache manuelle, sondern auch routinisierte intellektuelle Tätigkeiten schneller automatisiert werden. Ein disruptiver Wandel sei jedoch nicht zu erwarten. „Vor allem der Mittelstand ist neuen Technologien gegenüber oft skeptisch. Diese Unternehmen wollen unkalkulierbare Risiken vermeiden und langlebige Investitionsgüter nicht vorzeitig austauschen“, erklärte der Forscher.

Prozess human gestalten

Die sogenannte Industrie 4.0, die Vernetzung von Produktionsanlagen und modernster Informations- und Kommunikationstechnologie, beginne mit dem Einbau digitaler Technologien in bereits bestehende Strukturen. Ob mehr qualifizierte und selbstbestimmte Jobs geschaffen oder ob eine Polarisierung in prekäre, schlecht bezahlte Tätigkeiten einerseits und hochqualifizierte, besser honorierte Jobs andererseits stattfindet, sei auch sozial und politisch gestaltbar. „Die sozialen Konsequenzen der



Hartmut Hirsch-Kreinsen:
„Es gibt keinen Technikdeterminismus.“

Digitalisierung sind kein Automatismus und Selbstläufer. Es gibt keinen Technikdeterminismus“, so Hirsch-Kreinsen. Die technologischen Anwendungspotentiale könnten nicht mit der tatsächlichen Nutzung gleichgesetzt werden. Im Zuge der Implementierung gebe es vielstufige Innovationsprozesse.



© LIEBERMANN

Nicht weniger, aber andere Arbeitsplätze

Nicht weniger, aber andere Arbeitsplätze

Viele unserer heutigen Berufe werden aber verschwinden, so Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. An einen Beschäftigungseinbruch glaubt auch er nicht. „Die Bilanz ist natürlich negativ, wenn man nur den Wegfall von Arbeitsplätzen betrachtet. Auf der anderen Seite entstehen neue Produkte und Dienstleistungen, höhere Anforderungen an den Datenschutz und Möglichkeiten, individuellere Kundenwünsche zu erfüllen. Das alles schafft Arbeitsplätze“, sagte der Wirtschaftswissenschaftler. Allerdings würden neue Jobs nicht unbedingt auf der gleichen Qualifikationsstufe, auf der die Digitalisierung Arbeitsplätze vernichtet, entstehen.



Enzo Weber: „Viele unserer heutigen Berufe werden verschwinden.“

* Kooperationstagung mit dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) und dem Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)

Martina Heßler von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg arbeitete heraus, dass technologische Veränderungen immer auch mit tiefgreifenden sozial-kulturellen Veränderungen einhergehen bzw. letztere für die breite Einführung von Innovationen entscheidend seien. Vielfach seien es kleine, zunächst kaum wahrnehmbare Veränderungen, die über einen längeren Zeitraum später als grundlegender Wandel wahrgenommen würden. So sei es auch bei der ersten industriellen Revolution in England gewesen. Heßler sieht heute den Vorteil, dass soziale Sicherungssysteme existieren, um die sozialen Folgen abzufedern.



Martina Heßler: „Soziale Sicherungssysteme federn heute soziale Folgen ab.“

Hans J. Pongratz, Soziologe von der Universität München, zeichnete ein differenziertes Bild der neuen Intermediäre am Arbeitsmarkt, also den Plattformen und Agenturen. So unterschiedlich die Plattformen, so differenziert seien auch die Arbeitsformen. So gäbe es das sog. Microtasking: Kleinstaufträge werden über Ausschreibungen vergeben und von eher schlecht bezahlten Clickworkern übernommen. Umfangreichere Aufgaben seien auf spezialisierten Plattformen zu finden und würden von höher qualifizierten und damit besser bezahlten Freelancern übernommen. Zwischen 500.000 bis eine Million Personen seien in Deutschland auf solchen Plattformen registriert. Crowdworking sei nur ein Nischenmodell am Arbeitsmarkt. Etliche würden dies nur als Zusatzverdienst nutzen. Ihre Zahl könnte in den kommenden Jahren aber steigen.

Sozialstaat unter Druck

Holger Bonin vom IZA, dem Institute of Labor Economics in Bonn, sieht wegen der Digitalisierung neue Risiken auf den Sozialstaat zukommen. Durch das Verschwimmen von Länder- und Betriebsgrenzen könnten auch Besteuerungsquellen wegbrechen und so die Finanzierung des Sozialstaates gefährden. Aus prekärer Beschäftigung



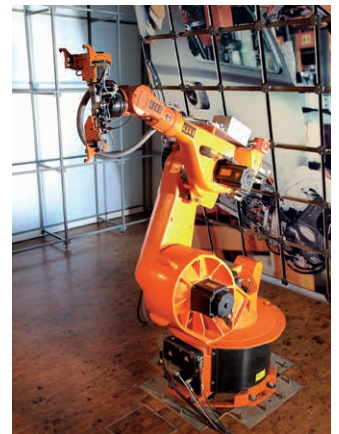
Holger Bonin: neue Chancen und Risiken für den Sozialstaat
© Winterer (APB)

könne prekäre Selbstständigkeit ohne soziale Absicherung werden. Durch Digitalisierung entstünden auch Chancen für den Sozialstaat. Das Erwerbsleben könne durch geringere Gesundheitsrisiken verlängert werden und neue Jobs für Menschen mit Behinderung könnten entstehen.

Wie Wohnviertel, Arbeitsplätze und Stadtverwaltung einmal aussehen könnten, versuchten Peter Jakubowski vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Bonn und Steffen Braun vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO in Stuttgart unter der Überschrift „Smart Cities“ zu skizzieren. Beide waren sich einig, dass Raumplanung und Kommunalverwaltung durch die Digitalisierung erheblich herausgefordert würden. Einerseits könne man zwar Trends erkennen, wisse aber nicht genau, wie rasch und in welcher Form sich Arbeits- und Wohnverhältnisse änderten. Andererseits müsse die Stadtplanung langfristig agieren. Smart Cities böten vor allem mittels neuer vernetzter Lösungen bei Energie- und Infrastruktur und intelligenter Mobilität große Chancen.

Aus- und Weiterbildung entscheidend

Selbstfahrende Autos, menschenleere Fabriken, vollautomatisierte Logistik: Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend. Jürgen Helmes, Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg, spricht sogar von „der Schicksalsfrage für den Wirtschaftsstandort Deutschland“. Dabei sei für die Wirtschaft das Qualifizierungsniveau der Arbeitskräfte und ihre Bereitschaft entscheidend, sich den wandelnden Anforderungen anzupassen. Dies bestätigte Ulrich Walwei vom IAB: Es drohe keine Arbeitslosigkeit durch den Strukturwandel, wenn die veränderten Qualifikationsprofile für die neuen Arbeitsplätze entsprechend vermittelt werden könnten. Markus Müller vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstrich, dass Deutschland mit seinen gut ausgebauten Bildungs- und Weiterbildungssystemen einschließlich der dualen Ausbildung im internationalen Vergleich eigentlich sehr gut aufgestellt sei.



DASA-Roboter der Marke KUKA, früher bei VW eingesetzt
© Arnoldius / wikimedia / CC BY-SA 3.0

Wolfgang Quaisser
Beate Winterer
Johanna Lennhoff

Tutzing Diskurs „Big Data im Gesundheitswesen“ lebt an Schulen weiter

Nach intensiver Arbeit stellte die Diskursgruppe „Big Data“ am 10. Juli ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit vor.

IN DEM VOM BUNDESMINISTERIUM für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten, auf zwei Jahre angelegten Diskursprojekt hatte die Diskursgruppe ein brandaktuelles Thema im Visier. Schwerpunkt bildeten mobile Fitness- und Gesundheits-Apps, für die in vielen Fällen typisch ist, dass hier die Grenzen zwischen Medizin und Lifestyle, zwischen Patient und Konsument verschwimmen und diese Apps allenfalls in datenschutzrechtlicher, nicht aber in medizinischer Hinsicht relevant sind. Doch das ändert sich: Viele Apps werden bald so gut sein, dass sie sogar als Medizinprodukte zertifiziert sind.

Alle 15 Fachleute waren sich darin einig, dass die Entwicklung von Big Data im Gesundheitswesen rasant zunehmen wird, diese Entwicklung aber weder aufgehalten werden kann noch soll, sondern gestaltet werden muss. Doch dazu bedarf es einer ganz neuen Form von Mündigkeit. In seiner viel beachteten Stellungnahme zum Thema Big Data und Gesundheit hatte sich 2017 der Deutsche Ethikrat (DER) ähnlich zum Thema geäußert und eine besondere Kompetenzförderung eingefordert. Der schwierigen Frage, was eine solche Kompetenz ausmacht, stellte sich die Tutzing Diskursgruppe. Nach etwa einem Jahr hatte sie ein Arbeitspapier entwickelt, das ihre bisherigen komplexen Diskussionen bündelte, kondensierte und verschiedene Aspekte einer solchen Kompetenz definierte. Diese Überlegungen diskutierten die Tutzing im Oktober 2018 in Zagreb im internationalen Rahmen mit Fachleuten aus Kroatien, Bulgarien, Griechenland und Serbien. Das Papier wurde daraufhin weiterentwickelt und war eines der zwei großen Ergebnisse, die am 10. Juli in Tutzing vorgestellt wurden.

Eine solche Kompetenzbildung betrifft alle Altersgruppen, setzt aber idealerweise schon bei jungen Menschen an. Auf Grundlage des Kompetenzpapiers wurde nun diskutiert, wie eine solche Kompetenzförderung aussehen kann. Das Ergebnis sind aufwändig produzierte und äußerst innovative Lehrmaterialien

für den Schulunterricht, bei deren Erstellung sich die Diskursgruppe zwar Rat von Lehrkräften und Didaktikern einholen, sich aber ansonsten an nichts Vergleichbarem orientieren konnte. Viel musste auch einfach ausprobiert werden – etwa im Rahmen von drei Projekttagen, die die Diskursgruppe an verschiedenen Bildungseinrichtungen durchführte. Die Lehrmaterialien bringen nicht nur das Thema des Tutzing Diskurses an die Schulen, sondern auch das Modell: die Schüler erarbeiten sich erst das Fachwissen und üben dann den respektvollen und ergebnisorientierten Austausch mit anderen Positionen.

Das Projekt steht unter der Schirmherrschaft von Peter Dabrock, dem Vorsitzenden des Deutschen Ethikrats. Und der Deutsche Ethikrat war auch bei der Abschlussveranstaltung vertreten: Der Jurist und Mit-



Der Vortrag von Steffen Augsberg wurde mit einer Video-Schaltung übertragen.
© Schäfer (APB)

verfasser der Stellungnahme des DER Steffen Augsberg hielt einen spannenden Abendvortrag zum Thema Datensouveränität. Eine kurzfristig notwendig gewordene Planänderung, nach der Prof. Augsberg nicht nach Tutzing kommen konnte, sondern seinen Vortrag über eine Video-Schaltung beisteuern musste, machte anschaulich, was schon die ganze Zeit Inhalt des Tutzing Diskurses war: dass Möglichkeiten und Grenzen der Digitalisierung nah beieinander liegen. 

Ludwig Krüger
(siehe auch Neuerscheinungen Seite 24)

Linktipp

Das Kompetenzpapier und die Lehrmaterialien sind kostenlos verfügbar auf www.tutzing-diskurs.de/big-data



Wenn die Mobilität im Stau steckt

Unsere Gesellschaft braucht Mobilität wie die Luft zum Atmen. Doch trotz technischen Fortschritts und Vernetzung fallen geeignete Lösungen nicht vom Himmel. Eine Tagung mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau blickte insbesondere auf den Großraum München.

„IN DEUTSCHLAND waren wir nach dem Zweiten Weltkrieg 70 Jahre lang mental auf das Auto gepolt. Das lässt sich so schnell nicht ändern“, sagte Hans Reichhart, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr. Der Straßenverkehr würde auch Mobilitätsträger Nummer eins bleiben. „Lassen Sie uns aber offen für Neues sein“, sagte Reichhart. Bei der Diskussion über die Aufteilung des öffentlichen Raums, zum Beispiel zwischen Rad, Auto und Bus, sieht er eine zunehmende Politisierung.



Für den bayerischen Verkehrsminister Hans Reichhart bleibt der Straßenverkehr Mobilitätsträger Nummer eins.

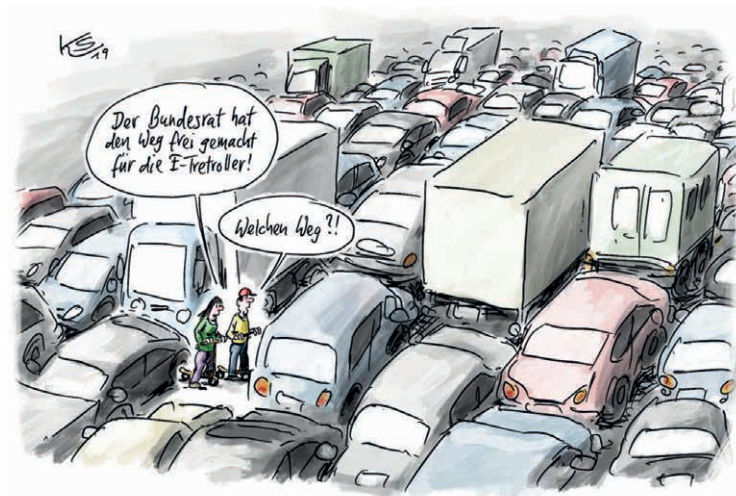
© Archiv (APB)

Ein Beispiel dafür fand sich in den Ausführungen von Arne Lorz, dem Hauptabteilungsleiter Stadtentwicklungsplanung der Landeshauptstadt München. „Für einen Radschnellweg in Richtung Münchener Norden würden 900 Parkplätze wegfallen, das führt zu zähen Diskussionen“, sagte er.

Dimensionen der Vernetzung

Lorz erklärte, wie München hinsichtlich der Mobilität mit dem rasanten Zuzug umgeht. Dazu gehören unter anderem die Konzentration auf Quartiere, die Schaffung von räumlichen Schwerpunkten, das Konzept der grünen Metropole und die Verknüpfungen der Stadt mit der Region.

Bei der Frage der „Vernetzung“ sieht Gebhard Wulforst, Raum- und Verkehrsplaner von der TU München, drei Dimensionen: Die Vernetzung über verschiedenste Verkehrsarten, Vernetzung in der Standortentwicklung und die Vernetzung mit unterschiedlichen Akteu-



© STUTTMANN

ren, zum Beispiel die Beteiligung der Bürgerschaft. Qualitätskriterien für eine „nachhaltige Mobilität“ seien die Qualität des Raums, der Zeit und der Luft.

Autonomes Fahren als Lösung?

Klaus Bogenberger, Professor für Verkehrstechnik an der Universität der Bundeswehr München, befasste sich mit möglichen Entlastungen des Stadtverkehrs in München durch autonomes Fahren. In der Zukunft



Klaus Bogenberger befasste sich mit möglichen Entlastungen durch autonomes Fahren.

könnten autonome Autos in der ganzen Stadt Kunden abholen, die dann ein Stück gemeinsam fahren. Ziele wären ein geringer Flächenverbrauch, ein effizienter Verkehrsfluss und Nutzung. Dazu müssten jedoch ausreichend autonome Autos vorhanden sein, um die Umweltbilanz nicht durch unnötige Leerfahrten zu verschlechtern.

In den Großstädten verlagert sich der motorisierte Individualverkehr immer mehr zum öffentlichen Personennahverkehr. Doch bereits jetzt liegt in der hohen Auslastung zu den Berufszeiten eine große Herausforderung für den ÖPNV, sagte Karl Schumacher vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr.

Dazu kämen die hohen Disparitäten zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten. Die Zukunft des ÖPNV sieht Schumacher in der Diversifizierung

des Angebots (darunter zum Beispiel Seilbahnen), der Schaffung landesweiter Strukturen und in neuen Bezahl- und Finanzierungsmodellen.

Ein schneller und gleichzeitig nachhaltiger ÖPNV werde mit Einschnitten verbunden sein, sagte Martin Geilhufe vom BUND Naturschutz in Bayern im Rahmen der Abschlussdiskussion. Eine echte Verkehrswende sei in Metropolen nur möglich, wenn der Parkraum verknappt wird.

Überwindung kommunaler Grenzen

„Wir überschreiten schon jetzt die Kapazitäten“, bestätigte Ingo Wortmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG). Wortmann wünscht sich deshalb neue Linien für U-, S- und Trambahnen. Erfolg sei nur im Großraum denkbar. „Fahrgäste denken nicht an kommunale Grenzen“, sagte er.

Auch der Münchner Landrat Christoph Göbel forderte, Angebote so zu gestalten, dass sie der tatsächlichen Mobilität entsprechen. Das Geheimnis liege in der Zusammenarbeit, diese können man nicht an den Grenzen einzelner Gebietskörperschaften enden lassen. „Rivalitäten, Eitelkeiten und Inseldenzen müssen der Vergangenheit angehören“. Für Lösungen müsse man sich von Zurückweisungsmustern entfernen.

Zur Tagung gehörte auch ein Diskussionsforum über vernetzte Mobilität im ländlichen Raum, welches von Markus Straßberger vom Technologie Campus Grafenau der TH Deggendorf geleitet wurde. Das Forum über Einkaufsverhalten und moderne Logistik-Lösungen gestaltete Tanja Niels von der Universität der Bundeswehr in München. Johannes Fottner, Inhaber des Lehrstuhls für Fördertechnik, Materialfluss, Logistik der TU München diskutierte über urbane Produktion und Logistik vor dem Hintergrund „Arbeit und Leben“.

Gero Kellermann
Beate Winterer

Europa hat gewählt – Welche Wahl hat Europa?

Krisen, wohin man schaut in Europa: Brexit, Finanzen und Euro, Flüchtlinge, der Machtpoker um die Spitzenämter. Taumelt die Europäische Union auf ihr Ende zu oder liegt in den Krisen die Chance für einen Neuanfang?

WELCHE FOLGEN hat die jüngste Wahl zum Europäischen Parlament mit der Verschiebung der politischen Gewichte? Und: Wie sind die aktuellen Personalentscheidungen rund um die Führungspositionen zu deuten? In Kooperation mit den Festspielen Europäische Wochen Passau und der Universität Passau lud die Akademie mit dem früheren Direktor Heinrich Oberreuter zum 22. Passauer Tetralog ein. Das aktuelle Thema: „Europa hat gewählt – Welche Wahl hat Europa?“. Es diskutierten Hélène Miard-Delacroix, Anthony Glees, Elmar Brok und Martin Selmayr.

Uneinigkeit des Parlaments

„Macron ist der große Gewinner!“ zeigte sich der dienstälteste (1980-2019) und wohl erfahrenste Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Elmar Brok, überzeugt. Dem Wähler wurde nachträglich mit der nicht zuletzt vom französischen Präsidenten voran ge-



Der Europa-Brunnen von Carl Milles auf dem Marktplatz in Halmstad (Schweden)

© Schröder (APB)

triebenen Nominierung Ursula von der Leyens als Kandidatin für das Amt der Kommissionspräsidentin die Chance genommen, bei der Wahl zwischen den Spitzenkandidaten Weber und Timmermanns zu entscheiden. Viele Bürger fragen ihn seitdem, so Brok, warum sie denn eigentlich noch zur Wahl gehen sollten.

Die Kritik an von der Leyen, so die französische Politikwissenschaftlerin und Deutschlandkennerin Hélène Miard-Delacroix sei eine typisch deutsche Sicht, die man in Frankreich und auch vielen anderen EU-Ländern so nicht verstehe. Das Spitzenkandidatenmodell resultiere aus dem deutschen Parlamentarismusverständnis, in Frankreich werde die Regierungserfah-

EUROPA | THEMA

rung von Persönlichkeiten und deren Wille, Dinge voran zu bringen, viel höher gewichtet. Eine Ansicht, die Elmar Brok nicht teilte. Fehlende exekutive Erfahrung, wie man sie Manfred Weber vorhielt, hält er für



Elmar Brok: „Macron will das EU-Parlament schwächen.“

© Anton Scholz



Hélène Miard-Delacroix: „Das Spitzenkandidatenmodell resultiert aus dem deutschen Parlamentarismusverständnis.“

ein Scheinargument. Vielmehr ging es darum, dass Macron, Ungarns Ministerpräsident Orban und der italienische Innenminister Salvini von der Lega Nord die Stärkung des Europäischen Parlaments verhindern wollten. Entscheidend kam hinzu, dass die Parlamentarier selbst uneinig und unentschlossen waren.

Für transnationale Listen

„Zum ersten Mal seit 1967 stellt Deutschland wieder die Spitze der Kommission, zum ersten Mal übernimmt eine Frau den Posten!“ Für den Generalsekretär der Kommission,



Martin Selmayr: „Ursula von der Leyen ist ein guter Kompromiss.“

Martin Selmayr, ist die Nominierung der deutschen Verteidigungsministerin ein guter Kompromiss, der immerhin die Zustimmung von 27 Staatschefs fand – nur Angela Merkel habe sich wegen der Koalitionsraison enthalten müssen. Aber, so Selmayr, „Kompromisse mögen wir nicht so sehr.“

Wie Brok führte Selmayr das Ergebnis, dass keiner der beiden Spitzenkandidaten nominiert wurde, in erster Linie auf die Passivität des Parlaments in der entscheidenden Phase nach der Wahl zurück. Jetzt gelte es aber – über alle parteipolitischen Grenzen hinweg – das vorgeschlagene Personaltableau im Parlament zu bestätigen. Die Europawahl war aus seiner Sicht auch ein Plebiszit dafür, „dass Europa stärker werden müsse“ – trotz der Zugewinne der anti-europäischen Populisten. Für ihn steht außer Zweifel, dass künftig ein

gewisser Anteil der Parlamentsmandate über transnationale Listen vergeben werden müsse, also an Bewerber, die nicht nur auf nationaler Ebene antreten, sondern über Landesgrenzen hinweg.

„Johnson absolut unfähig“

Einen „faschistoiden Nationalismus in England“, wie er ihn nicht für möglich gehalten hätte, konstatierte der britische Historiker und Politikwissenschaftler Anthony Glees. Eine aktuelle Umfrage unter den Konservativen belege, dass inzwischen zwei Drittel den Brexit als höheres Ziel ansehen als Verbleib der Nordiren, Schotten und Waliser im Vereinigten Königreich. Und jetzt drohe auch noch Boris Johnson als Nachfolger von May als Premierminister. Glees hält ihn für „absolut unfähig, ein Land mit 66 Millionen Einwohnern zu führen. Er scheint keine Prinzipien zu haben.“



Anthony Glees warnte vor der Gefahr eines „hochansteckenden Brexit“.

Mit Nachdruck warnte er vor der Gefahr, dass das, was Großbritannien gemacht habe, für viele der übrigen EU-Länder „hochansteckend“ sei. Dieser Ansicht widersprach Martin Selmayr entschieden: „Brexit ist eine Sache der Briten, Schuld haben nicht die Kontinentaleuropäer.“ Die britische Politiker-Elite, so Selmayr, habe ihren Landsleuten 40 Jahre lang die EU nicht erklärt, sondern immer nur als Sündenbock präsentiert.



Manfred Schwarzmeier



Das Podium beim 22. Passauer Tetralog: Martin Selmayr, Hélène Miard-Delacroix, Moderator Heinrich Oberreuter, Anthony Glees und Elmar Brok (von links)

Kranke Kinder stärken – Kinderrechte umsetzen!

Gemeinsam mit den 37 deutschen Universitätskinderkliniken* hatte die Akademie zum 1. Deutschen Kindergesundheitsgipfel geladen, um die Bedeutung der Kinderrechte für die Kindermedizin zu diskutieren und nach Wegen zur Verbesserung der Situation kranker Kinder zu suchen.

ES SAGT SICH SO LEICHT: Dass Kinder die Zukunft unserer Gesellschaft sind, dass sie im Mittelpunkt der Politik stehen müssen und dass der Schutz ihrer Rechte uns alle angeht. Die Schwierigkeiten beginnen bei der Umsetzung dieser allgemeinen Forderungen in konkrete Maßnahmen.

Das zeigt sich auch mit Blick auf die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, die immerhin vor genau 30 Jahren verabschiedet wurde und 1992 für Deutschland verbindlich in Kraft trat. Sie schreibt vor, dass das Kindeswohl bei allen Maßnahmen, die das Kind betreffen, vorrangig zu berücksichtigen ist (Art. 3 KRK). Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Gesundheitsvorsorge, wobei sie „das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit“ anerkennt (Art. 24 KRK). Dass es noch gewaltiger Anstrengungen bedarf, um diesen Anspruch auch hierzulande umzusetzen, darüber zumindest besteht unter Experten Einigkeit.

Verankerung im Koalitionsvertrag

Neuen Schwung hat die Debatte um die Kinderrechte und ihre Verwirklichung auf nationaler Ebene durch die letzten Koalitionsverhandlungen erhalten, in denen sich die Regierungsparteien darauf verständigt haben, Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich zu verankern. Ebenfalls im Koalitionsvertrag 2018 findet sich das Bekenntnis, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen „der besonderen Berücksichtigung im Gesundheitssystem, in Medizin und Forschung“ bedürfen. Nicht die schlechtesten Voraussetzungen also, um beim 1. Deutschen Kindergesundheitsgipfel darüber zu diskutieren, wie den Kinderrechten in der Medizin mehr Geltung verschafft werden kann.



Das Abrechnungssystem der Krankenkassen führt zur Vernachlässigung von Kommunikation und Zuwendung in der Kindermedizin.

© James Gathany, Judy Schmidt / pixnio CCO

Viele Direktorinnen und Direktoren von Universitätskinderkliniken und weitere Kindermediziner waren nach Tutzing gekommen, ebenso zahlreiche Vertreter von Elternverbänden und anderen Vereinigungen oder Stiftungen, die sich mit dem Thema Kindergesundheit befassen. Einziges Manko blieb die Resonanz der Politik, deren zahlreich angefragte Vertreter mit überwiegend freundlich formulierten Absagen auf die Einladungen reagiert hatten. Immerhin übernahm die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Gesundheit, Sabine Weiss, die Schirmherrschaft und bekräftigte in einem Grußwort die Bereitschaft der Bundesregierung, „eine erfolgreiche und gleichzeitig praktikable Umsetzung der Kinderrechte im medizinischen Alltag“ anzustreben. Bestärkt wurden die Teilnehmer zudem von Eckart von Hirschhausen, dem Gründer der Stiftung „Humor hilft Heilen“, der in einer Grußbotschaft u. a. dazu aufrief, eine breite gesellschaftliche Allianz für kranke Kinder in Deutschland zu schaffen.

Verbindliche Rechte

Mit Blick auf die Kinderrechte hob Doris Bühler-Niederberger (Bergische Universität Wuppertal) die Vorreiterrolle internationaler Organisationen hervor, die in zahlreichen Dokumenten rechtliche Grundprinzipien verankert haben, an deren Umsetzung sich nun die Nationalstaaten messen lassen müssten. Dabei



Doris Bühler-Niederberger hob die Bedeutung internationaler Organisationen bei der Stärkung der Kinderrechte hervor.

* Unter maßgeblicher Beteiligung von Christoph Klein (Haunersches Kinderspital der Universitätsklinik München)

habe die internationale Gemeinschaft alle Kinder unabhängig von Herkunft, Ethnie oder etwa einer Behinderung im Blick und reduziere sie nicht nur auf ihre Rolle als künftige Erwachsene. Auch Gerison Lansdown, eine internationale Kinderrechtsaktivistin und



Gerison Lansdown: „Kindliche Bedürfnisse in verbindliche Rechte umsetzen.“

Vorsitzende von „Child to Child“, betonte die Bedeutung der Transformation von kindlichen Bedürfnissen und Interessen in verbindliche Rechte. Sie warnte allerdings davor, dass dies auch Widerstände wecken könne, weil mehr Rechte für Kinder im Sinne eines Nullsummenspiels als Beschränkung der Rechte anderer missverstanden werden könnten.

Wichtig sei es zudem, die Kinderrechte auf verschiedenen Ebenen umzusetzen – hinsichtlich des Rechts auf Gesundheit seien etwa nicht nur Kliniken oder das Gesundheitssystem gefordert, sondern auch andere gesellschaftliche Bereiche, um die sozialen Ursachen von Krankheiten insgesamt anzugehen.

Grundrechte gelten auch für Kinder

Diesen Gedanken griff auch Jörg Maywald (National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention) auf. Er unterstrich das mit dem Kinderrechtsansatz verbundene Prinzip der Verantwortungsträger, wonach Familie, Gesellschaft und Politik verpflichtet seien, für die Verwirklichung der Kinderrechte einzustehen. Zudem forderte er, Kinderrechte ausdrücklich in der Verfassung zu verankern, um diesen z.B. in Gesetzgebungsverfahren ein größeres Gewicht zu verleihen. Paul Kirchhof, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, zeigte sich in dieser Hinsicht sehr skeptisch. Einerseits würden die bereits in der Verfassung enthaltenen, umfassenden Grundrechte auch für Kinder gelten. Ihre Rechte seien mittlerweile auch auf den anderen Normebenen vielfältig verankert. Es gehe daher zuvörderst nicht darum, neue Rechte zu postulieren, sondern bestehende Regelungen durchzusetzen. An-



Paul Kirchhof: „Mit finanziellen Leistungen Kinder so fördern, dass das Familieneinkommen mit der Geburt eines Kindes wächst.“

dererseits betonte Kirchhof, dass die Verfassung die Leitgedanken der Gesellschaft enthalte, die das Zusammenleben langfristig gestalten sollen – kleinteilige Regelungen für bestimmte Adressatengruppen passten nicht zu diesem Verfassungsverständnis. An zwei Punkten sah er jedoch verfassungsrechtlichen Handlungsbedarf: So sollte erstens im Grundgesetz die Verpflichtung des Staates normiert werden, durch finanzielle Leistungen Kinder so zu fördern, dass das Familieneinkommen mit der Geburt eines Kindes wächst. Und zweitens sei der Staat auch grundgesetzlich zu verpflichten, die Kindermedizin durch einen Sonderfonds oder eine besondere Versicherung angemessen zu finanzieren, denn dies füge sich in die langfristige Nachhaltigkeitsperspektive der Verfassung ein.

Handlungsdruck

Der spezifische Blick auf die Kindermedizin aus der Perspektive der Kinderrechte fiel bei der Tagung recht ernüchternd aus. Auf einem Panel, das von Carolin Ruther und Antonia Pelshenke (Hauversches Kinderspital, Universitätsklinik München) geleitet wurde, äußerten zwei Jugendliche mit langjährigen Klinikerfahrungen z.B. den Wunsch nach gleichaltrigen Zimmernachbarn, nach Achtung der Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten oder altersgerechte Spielräume sowie danach, dass Mitarbeiter die Ängste und Schmerzen der kleinen Patienten besser wahrnehmen sollten. Wünsche, die man kaum als ausgefallen bezeichnen kann. Doch scheinen sie im klinischen Alltag nur unzureichend berücksichtigt zu werden, was den bestehenden Handlungsdruck deutlich vor Augen führt.

Ökonomisierung der Kindermedizin

Warum Kinderrechte in der Kindermedizin nur eine marginale Rolle spielen, dafür wurden verschiedene Ursachen identifiziert. Christoph Klein (Universitätsklinik München) verwies beispielsweise auf eine Untersuchung, der zufolge die UN-Kinderrechtskonvention unter den Kinderärzten nur mäßig bekannt sei und in ihrer Bedeutung für den Klinikalltag regelmäßig unterschätzt werde. Teilweise spiele auch die Sorge eine Rolle, durch Maßnahmen wie die Verabschiedung einer eigenen Klinik-Charta Maßstäbe zu setzen, die dann gegebenenfalls nicht eingehalten werden könnten. Klein wie auch Fred Zepp (Univer-



Christoph Klein machte für die unzureichende Situation vor allem die Ökonomisierung der Kindermedizin verantwortlich.

sitätsklinik Mainz) machten für die unzureichende Situation vor allem die Ökonomisierung der Kindermedizin verantwortlich. Die Bezahlung der stationären Behandlungen wird nach dem sogenannten „durchgängigen, leistungsorientierten und pauschalierenden Vergütungssystem“ nach diagnosebezogenen Fallgruppen (DRG-System) abgerechnet.

Mehr Geschlossenheit nötig

Diese Ökonomisierung führe u. a. zu einer Bevorzugung von technischen Prozeduren und der Vernachlässigung von Kommunikation und Zuwendung, zu einer mangelhaften psychologischen und seelsorglichen Versorgung, zu unzureichenden Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung – trotz gesteigerter Spezialisierungsanforderungen der Subdisziplinen –, zu Personalmangel und letztlich auch zur Schließung von Fachabteilungen oder ganzen Kinderkliniken. All dies verhindere den Aufbau adäquater Kommunikations- und Partizipationsstrukturen im Klinikalltag, so dass die Rechte kranker Kinder (und deren Eltern) auf Beteiligung, Schutz und Förderung nicht gewahrt werden könnten. Annette Grüters-Kieslich (Universitätsklinik Heidelberg) mahnte zudem die Kinderärzte zu mehr Geschlossenheit, um die Position der Pädiatrie gegenüber anderen medizinischen Disziplinen wie auch der Politik bei der Verteilung knapper Ressourcen zu stärken.

Strukturelle und finanzielle Anpassungen

Bei der Suche nach Wegen, um den Kinderrechten im Klinikalltag ein stärkeres Gewicht zu geben, forderten Christiane Woopen (Europäischer Ethikrat) und Thomas Klingebiel (Universitätsklinik Frankfurt am Main) auf verschiedenen Ebenen tätig zu werden. Viel getan werden kann schon von einzelnen Mitarbeitern oder Abteilungen, um die dringenden Anliegen der Kinder und Jugendlichen aufzugreifen. Erforderlich sei aber auch eine stärkere Forschung zu den Erfordernissen der Pädiatrie und eine breite Diskussion über deren Stellenwert – und den der Kinder in unserer Gesellschaft. Strukturelle und finanzielle Anpassungen müssten folgen. Ein Perspektivenwechsel sei auch bei der Ausbildung und im Studium vonnöten, um ein Bewusstsein für die



Christiane Woopen: „Mehr Forschung zu den Erfordernissen der Pädiatrie und Diskussion über ihren Stellenwert.“

Kinderrechte zu wecken. Auf politischer Ebene müssten schließlich diese Rechte in der Verfassung gestärkt werden, so die abschließende Forderung Klingebiels. Florian Eckert (fischerAppelt) ermunterte die Teilnehmer dabei, auch die föderalen Strukturen Deutschlands besser zu nutzen und Erfolge ebenfalls auf Landesebene zu suchen. Wichtig sei ferner, den thematischen Fokus zu weiten und benachbarte Politikfelder zu identifizieren, mit denen die Frage der Kinderrechte verknüpft werden könne. Er empfahl schließlich, auch die Einrichtung einer Enquete-Kommission anzustoßen, weil von diesem Instrument häufig politische Impulse ausgingen, die auch umgesetzt würden.



Ein Kinderchor unter Leitung von Janina Klein sang das eigens für die Tagung komponierte Lied „Jedes Kind hat seine eigne Melodie“.

© Winterer / Schäfer (APB)

Der 1. Deutsche Kindergesundheitsgipfel war ein Wagnis, weil Themen miteinander verknüpft und damit auch Vertreter unterschiedlicher Disziplinen miteinander ins Gespräch gebracht werden sollten, deren Verbindungen sonst allenfalls lose sind. Sieht man von der fehlenden Resonanz der Politik ab, konnten diese Erwartungen von der Veranstaltung auch weitestgehend erfüllt werden. Erfreulich ist, dass der Kindergesundheitsgipfel eine breite und überregionale Medienresonanz hatte. Die Veranstaltung trägt darüber hinaus verschiedene Früchte, wozu beispielsweise die Initiative „Kranke Kinder haben Rechte“ (www.kranke-kinder-haben-rechte.de), ein Aktionsbündnis der deutschen Universitätskinderkliniken, zählt. Auch die Akademie wird das Thema Kinderrechte wieder aufgreifen.

Jörg Siegmund

Linktipps

Alle Vorträge sind im Internet abrufbar:
<https://www.apb-tutzing.de/news/2019-04-26/live-vom-kindergesundheitsgipfel>



Übersicht über die umfangreiche Medienberichterstattung zum Kindergesundheitsgipfel:
<https://www.apb-tutzing.de/news/objekte/show/2019-05-02/kranke-kinder-haben-rechte??pid=0>



Öffentlichkeit 4.0

Die Mediendemokratie hat sich in den letzten Jahren durch die fortschreitende Digitalisierung revolutionär verändert. Expertinnen und Experten aus der Medienforschung, der Medienpädagogik und dem Journalismus diskutierten in Bayreuth den radikalen Strukturwandel der Öffentlichkeit durch das Internet*.

IN DEN LETZTEN JAHREN ist in der Kommunikationswissenschaft verstärkt der Begriff der „Frames“ aufgetaucht. Insbesondere die deutsch-amerikanische Linguistin Elisabeth Wehling von der Universität Berkeley hat ihn populär gemacht. Der Medienforscher Bertram Scheufele von der Universität Hohenheim hatte ihn bereits in seiner Dissertation von 2003 in die deutsche Debatte eingeführt. Er definierte auf unserer Tagung Frames als „Interpretationsrahmen oder Perspektiven, aus denen wir Ereignisse, Akteure oder Probleme betrachten“. Framing bedeutet für Scheufele, bestimmte Erwartungen zu haben und alles andere auszublenden: „Frames markieren Erwartungsgrenzen. Schlüsselreize in Texten, Bildern usw. aktivieren in unseren Köpfen bereits bestehende Vorstellungen“, sagte Scheufele. Der so aktivierte Frame sei dann jene Position, von der aus wir etwas bewerten oder eine Entscheidung treffen.

Anspruch trifft Realität

Ein Beispiel: Ökologische Nachhaltigkeit wird assoziiert mit: Gemüse selbst anbauen oder in Bioläden einkaufen, Plastik und Müll vermeiden bzw. trennen und Kompostieren. Wenn sich nun eine prominente grüne bayerische Landtagsabgeordnete bei Instagram aus ihrem Silvesterurlaub in Kalifornien (Flugzeug!) meldet und dabei einen Eisbecher mit Plastiklöffel präsentiert, hat sie in der Öffentlichkeit ein Problem mit Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit.

Wer heute mobilisieren will, sollte gut inszenieren – auch dazu braucht man Framing. Ein Beispiel dafür ist die Schülerbewegung „Fridays for Future“. Scheufele erläuterte das „Rezept“: „Es braucht eine glaubwürdige und überprüfbare Problemdeutung (Klimada-

ten, Hitzesommer), ein griffiges Motto („Schulstreik fürs Klima“) und den Brückenschlag zu zentralen Werten und anderen Frames wie Frieden und Sicherheit.“ Framing helfe auch beim Herstellen einer kollektiven Identität bei populistischen Bewegungen. „Die Wortwahl einer Kampagne kann Entscheidungen beeinflussen“, sagte der Hohenheimer Medienforscher. So habe eine sichere Option immer ein größeres Gewicht als eine unsichere – auch wenn das Ergebnis gleich sei. Frames legen Meinungen oder Entscheidungen



Bertram Scheufele: „Die Wortwahl einer Kampagne kann Entscheidungen beeinflussen.“

nahe, indem sie in unserem Kopf bestimmte Maßstäbe in den Vordergrund rücken. Das Problem im journalistischen, schnellen Tagesgeschäft sei, dass sich eine Redaktion oft zwischen Optionen entscheiden muss, die nicht gleichwertig sind: Berichtet man gleich über einen Mord, oder wartet man erst die Ermittlungen ab?

Die Technik des Framing werde von allen politischen Richtungen benutzt – es lässt sich für gute und schlechte Zwecke nutzen. Aber: Was ein guter oder schlechter Zweck ist, ist oft selbst eine Frage des Framing.

Die Grenzen verschwimmen

Aus dem journalistischen Tagesgeschäft im digitalen Zeitalter berichteten Gudrun Riedl, Mathias Wagner und Peter Engelbrecht. Riedl ist stellvertretende Leiterin bei BR24, der aktuellen, trimedialen Redaktion des Bayerischen Rundfunks. Sie sieht viele Vorteile im intensiveren Kontakt mit dem Publikum über Social Media: „Es kommen oft Anregungen für Themen und berechtigte Kritik an unseren Berichten. Über die lohnt es sich oft, nachzudenken.“ Und Hasskommentare blendet sie nach Möglichkeit aus.

Wagner, Produktleiter Social Media bei der Mittelbayerischen Zeitung in Regensburg, gibt aber auch zu, dass die Rückkanäle mit dem Publikum viel Arbeit machen: „Manchmal müssen wir die Kommentarfunktion stoppen, weil die Hasskommentare zu viel werden und von unserem kleinen Team nicht mehr moderiert werden können.“ Es sei auch nicht immer klar, wo-

* In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien (EAM) im Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF), Landesverband Bayern e.V.

her die Anwürfe kommen: Die regionale Tageszeitung wird im Internet zum überregionalen Medium. Die Grenzen zwischen der gedruckten Zeitung und ihrer Version im Netz seien inzwischen aufgelöst. Das gelte auch für die Redaktion: „Der Print-Kollege muss auch für die Online-Ausgabe arbeiten – mit Text, Foto und Video.“ Die technischen Möglichkeiten moderner Smartphones machen es möglich.

Hohes Gut Glaubwürdigkeit

Peter Engelbrecht ist Redakteur beim Nordbayerischen Kurier in Bayreuth. Er warnte davor, trotz dem Zwang zur Schnelligkeit, „jeder neuen Sau, die durchs Dorf getrieben wird, hinterher zu laufen. Und die Sau hat inzwischen 1000 Ferkel. Und die werden immer schneller.“ Glaubwürdigkeit sei das höchste Gut der Lokalzeitung. Die dürfe nicht verspielt werden. Erschüttertes Vertrauen sei schwer oder gar nicht zurück zu gewinnen. Das Publikum sei ohnehin nicht bereit, für Inhalte im Netz Geld zu bezahlen: „Die Gratiskultur macht es den Verlagen immer schwerer, Qualität zu liefern.“ Bei der Mittelbayerischen Zeitung wird überlegt, exklusiv recherchierte Geschichten im Netz nur noch gegen Geld freizuschalten.



Workstattberichte aus Redaktionen lieferten: Mathias Wagner, Gudrun Riedl und Peter Engelbrecht (von links)

© Geiger / Schröder (APB)

Einig war sich die Journalistenrunde darin, dass keine Nachricht ohne Prüfung einer zweiten Quelle an die Öffentlichkeit kommen dürfe. Schon gar nicht, wenn die erste Quelle aus sozialen Medien kommt. „Da ist das Korrespondentennetz des BR und der ARD sehr wichtig“, sagte Gudrun Riedl. „Unseren Leuten können wir vertrauen.“ Die Polizei sei zwar eine privilegierte Quelle, die nicht unbedingt geprüft werden müsse, sagte Mathias Wagner. Aber auch dort sei man nicht gefeit, Fälschungen im Netz auf den Leim zu gehen.

Raus aus den Filterblasen

Gudrun Riedl empfahl eine breite Informationsbasis für alle Journalisten, „damit auch wir aus unseren Filterblasen und Echokammern herauskommen.“ Neugierig und offen bleiben für Neues sei mit das Wichtigste in diesem für die Demokratie so wichtigen Beruf.

Andre Wolf vom Wiener Verein Mimikama zur Aufklärung über Internetmissbrauch sprach über Privatsphäre und Datenschutz im Internet, virale Kettenbriefe, Narrative und „Fake News“. „Wir müssen lernen, mit Social Media und dem veränderten Verhältnis zwischen Sender, Empfänger und filternder Instanz umzugehen.“ In der analogen Zeit gab es wenig Sender und viele Empfänger. Journalisten hatten eine Filterfunktion als Gatekeeper und es gab nur wenig bzw. späte Resonanz vom Publikum (Leserbriefe). Heute, in der digitalen Welt, haben wir es mit vielen Sendern und vielen Empfängern zu tun und es gibt keine oder nur noch wenig Filterinstanzen. Über digitale Rückkanäle kann die Reaktion und Resonanz sofort erfolgen.



Andre Wolf: „Zuerst denken, dann klicken.“

Gezielte Desinformation

Wolf setzte sich auch mit dem seit Trump sehr strazierten Begriff „Fake News“ auseinander und plädierte dafür, sich von diesem politischen Propagandabegriff gegen etablierte, klassische und professionelle Medienangebote zu verabschieden. Was nicht dazugehört sind Satire sowie schlechter und fehlerhafter Journalismus. Auch die klassischen „Enten“, also Falschmeldungen, die aber meist korrigiert werden, sind keine „Fake News“. „Fake News“ sind gezielte Desinformation, mit dem Ziel, jemanden zu schaden“, erklärte Wolf. Das könnten aus dem Zusammenhang gerissene oder bewusst falsch interpretierte Informationen sein. Auch die Manipulation von Bildern oder völlig frei erfundene Inhalte werden als „Fake News“ bezeichnet, sagte er.

Wolf warnte vor digitalen Kettenbriefen, in denen die Empfänger aufgefordert werden, die Nachricht an eine bestimmte Anzahl von Personen oder an „möglichst viele“ weiterzuleiten. Meist müsse dies schnell oder innerhalb eines festen Zeitraums passieren. Häufig werde mit der Angst der meist jüngeren Empfänger gespielt („Momo Challenge“). Oft gebe es viele Rechtschreibfehler in den Mails und eine „namhafte“ Quelle werde genannt. Saisonale Trends wie Ostern und Halloween (Killerclowns) seien zu beobachten. Wie immer im Netz gelte: „Zuerst denken, dann klicken“, sagte Wolf.

Michael Schröder

Linktipp

www.mimikama.at



Gesellschaftliche Veränderungen gestalten

Bereits zum zweiten Mal hat die Akademie in Kooperation mit dem Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Oberbayern-West und dem Gymnasium Tutzing eine Ideenwerkstatt für begabte und interessierte Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe ausgerichtet, um Herausforderungen in Politik und Gesellschaft zu diskutieren.

EINE IDEENWERKSTATT für engagierte Jugendliche – das kann nur gelingen, wenn sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schon bei der Konzeption und Vorbereitung der Veranstaltung aktiv einbringen können, wenn es also nicht nur eine, sondern *ihre* Ideenwerkstatt wird. Für die Akademie und ihre Kooperationspartner hieß das, im Vorfeld Freiräume für die Schüler zu schaffen und ihnen Unterstützung anzubieten, damit sie ihre Ideen und Wünsche auch tatsächlich umsetzen konnten. Kein gewöhnliches Tagungsformat also, sondern ein Projekt, das allen Beteiligten einen langen Atem und Flexibilität abverlangte.

Breiter Rahmen

Bewerben konnten sich Schülergruppen der 10. Jahrgangsstufe aller Gymnasien im westlichen Oberbayern. Die Resonanz war beachtlich. Ausgewählt wurden vier Teams mit insgesamt 18 Jugendlichen von den Gymnasien Planegg, Starnberg, Markt Indersdorf und Tutzing, die sich im Herbst 2018 erstmals an der Akademie trafen. Die größte Herausforderung bestand für jedes Team in den kommenden Wochen darin, ein Thema zu identifizieren, das bei der Ideenwerkstatt im Frühjahr 2019 bearbeitet werden sollte. Der Rahmen war breit gesteckt: „Gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen und gestalten“. Darunter lässt sich vieles aufgreifen. Die Jugendlichen mussten Themen erarbeiten, die interessant und gestaltungsoffen waren. Sie sollten aber auch innerhalb des gesetzten Zeitrahmens sinnvoll bearbeitet werden.

Die Themenwahl war jedoch nur der erste Schritt. Anschließend galt es auszuwählen und abzuwägen: Welches Vorwissen kann bei den anderen Teilnehmern der Ideenwerkstatt vorausgesetzt werden? Welche Facetten des Themas sind besonders interessant? Mit welchen Methoden soll im Workshop ge-



Schülerin bei der Fishbowl-Diskussion mit Susann Enders MdL (links) und Benjamin Adjei MdL

© Siegmund (APB)

arbeitet werden und welche externen Referentinnen und Referenten sollen dabei zum Einsatz kommen? Und schließlich: Welches Ziel wird mit dem jeweiligen Workshop eigentlich verfolgt? Dieser Punkt war den Veranstaltern besonders wichtig, damit die Ideenwerkstatt nicht nur ein Forum zum unverbindlichen Austausch über gesellschaftliche Herausforderungen bietet. Vielmehr sollten auch Ergebnisse festgehalten und Ideen entwickelt werden, wie die angesprochenen Probleme bearbeitet und verändert werden könnten.

Beratung von außen

Julia Post, eine Social Business Beraterin, erarbeitete gemeinsam mit den Jugendlichen Ideen zur Konzeption von Workshops und zur Referentenakquise. Vera Naumann gab als Kommunikations- und Organisationsberaterin wertvolle Tipps zu Präsentations- und Moderationstechniken.

Für die eigentliche Ideenwerkstatt im Mai 2019 wurden schließlich rund 50 weitere Schülerinnen und Schüler verschiedener Gymnasien als Teilnehmer ausgewählt. Sie nahmen an vier Workshops teil, deren Themen wohl ziemlich genau die gesellschaftlichen Herausforderungen widerspiegeln, die diese Altersgruppe momentan am meisten beschäftigen.

Personifizierte Propaganda

Im Workshop „Der Einfluss von Propaganda im 20. Jahrhundert und heute“ stand zunächst die Frage im Mittelpunkt, was Propaganda ist und welcher Methoden sie sich bedient. Mit Unterstützung von Johannes Uschalt (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) wurde dabei vor allem der Unterschied zwischen Propaganda und legitimer Meinungsäußerung bzw. politischer Mobilisierung kontrovers disku-

tiert. Schließlich schufen die Schüler die lebensgroße Skulptur einer personifizierten Propaganda, die das gesellschaftliche Gleichgewicht zerstört und die individuellen Präferenzen und Interessen zugunsten eines vermeintlich einheitlichen Volkswillens zurückdrängt.

Thematisch ähnlich gelagert war der Workshop „Populismus und die Rolle der Sozialen Medien“, bei dem diskutiert wurde, warum gerade die Sozialen Medien ein Einfallstor für populistische Manipulationsversuche bieten. Maraike Mirau und Janina Zillekens (Focus Magazin), die den Instagram-Account jamsnews_ betreiben, gaben den Teilnehmern Tipps, wie ein Account konzipiert werden muss, der sich erfolgreich mit populistischen Inhalten auseinandersetzt und diesen sachliche Informationen gegenüberstellt.

Risiken im Internet

Mit „Datensicherheit im Netz“ und den entsprechenden Risiken und Präventionsmöglichkeiten befasste sich ein weiterer Workshop, bei dem das Team die Teilnehmer zunächst mit sehr persönlichen Fragen hinter Licht führte. Die meisten Teilnehmer antworteten nämlich äußerst freimütig. So hatten es die Organisatoren leicht, daraus Persönlichkeitsprofile zu entwickeln und passgenaue Werbeangebote zu formulieren. Welche Macht die verfügbaren Daten im Netz beinhalten und wie man dem entgegenwirken kann, diskutierte anschließend Kriminalhauptmeister Paul Sepp (Kriminalpolizei Fürstenfeldbruck) mit den Schülern.

Die „Umweltverschmutzung durch Plastikmüll“ stand schließlich beim vierten Workshop auf der Agenda. Neben den Ursachen der Plastikverschmutzung und deren Auswirkungen ging es um konkrete Präventionsmöglichkeiten, mit denen jeder einen Beitrag zum Umweltschutz leisten kann. Manuela Gaßner, eine Zero-Waste-Dozentin, betonte dabei, dass niemand sein Leben von heute auf morgen komplett umstellen müsse. Sinnvoll sei es vielmehr, einzelne Schritte zu identifizieren und diese umzusetzen. Die Teilnehmer formulierten daraufhin ein Manifest, in dem sie verschiedene Forderungen zur Reduzierung von Plastikmüll festhielten.

Politische Reflektion

Nach vielen Stunden intensiver Arbeit lagen durchdachte Konzepte und Positionspapiere auf dem Tisch. Damit wollte das Leitungsteam es aber nicht belassen. Da politische Bildung auch dazu befähigen soll, die Durchsetzungschancen eigener Interessen und Standpunkte zu reflektieren, hatte die Akademie drei Abgeordnete des Bayerischen Landtags und den Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Oberbayern-West eingeladen, mit den Schülerinnen und Schülern die Ergebnisse ihrer Workshops zu diskutieren. Dabei stand insbesondere die Frage im Mittelpunkt,

wovon es abhängt, ob bestimmte Forderungen in der Politik Gehör finden, und welche politischen Einflussmöglichkeiten gerade junge Menschen haben. Als Format für diesen Austausch hatten die Veranstalter eine Fish-Bowl-Diskussion gewählt, bei der sich die Jugendlichen als gleichberechtigte Diskutanten auf dem Podium abwechseln und bei ausweichenden Antworten der Experten unmittelbar nachhaken konnten.

Einblicke in die Politik

Susann Enders (Generalsekretärin der Freien Wähler), Benjamin Adjei (Grüne), Florian Ritter (SPD) und der Ministerialbeauftragte Christoph Henzler waren sich zunächst darin einig, dass die Teilnehmer der Ideenwerkstatt der Politik wichtige Impulse gegeben hätten. Große Zustimmung auf dem Podium fand zum Beispiel das Manifest gegen Umweltverschmutzung durch Plastikmüll, das von den Abgeordneten einheitlich gelobt wurde. Auf die berechtigte Nachfrage der Teilnehmer, warum es denn aber trotz großer Einigkeit in der Politik häufig so lange dauere, bis konkrete Maßnahmen ergriffen würden, gaben die Parteivertreter einen recht ehrlichen Einblick in die Bedingungen, unter denen politische Entscheidungen getroffen werden. An konkreten Beispielen zeigten sie, welche komplexen Auswirkungen einzelne Maßnahmen haben, welche Interessengruppen daher eingebunden und welche Widerstände im Detail überwunden werden müssen, ehe ein Kompromiss möglich ist. Auch die Frage der Finanzierbarkeit und der Lastenverteilung wurde von den Abgeordneten nicht ausgespart. Sie verschwiegen auch nicht, dass gelegentlich parteitaktische Überlegungen auch eine Rolle spielen. Für manche Jugendliche war das vielleicht ein ernüchternder, aber umso wichtigerer Einblick. Sie erkannten, dass langwierige Entscheidungen nicht immer nur am mangelnden Willen der Parteien liegen.

Die Diskussion führte damit sehr schnell zu grundsätzlichen Fragen, gerade auch mit Blick auf die Einflussmöglichkeiten junger Menschen. Mehrere Teilnehmer wollten wissen, wie die Chancen für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre stünden. Dem gegenüber zeigten sich alle Mitdiskutanten offen. Auf dem Podium herrschte dabei wiederum Einigkeit, dass ein solcher Schritt auch mit einer Stärkung der politischen Bildung an den Schulen einhergehen müsse. Schließlich ermunterten die Experten die Schülerinnen und Schüler, auch unabhängig von Wahlen nach Möglichkeiten der politischen Einflussnahme zu suchen – etwa in den Parteien oder durch die direktdemokratischen Elemente auf kommunaler und Landesebene. Dass diese Fish-Bowl-Diskussion am Ende viel länger dauerte als geplant, war ein deutlicher Beleg für das politische Interesse der Zehntklässler, die hoffentlich viele Ergebnisse der Ideenwerkstatt an ihre Schulen tragen werden. 

Jörg Siegmund

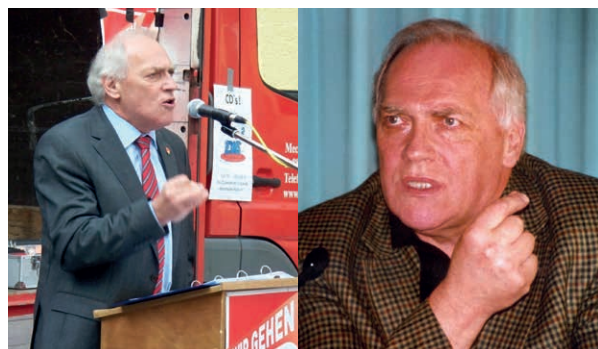
Streitbar und immer fair

Der ehemalige bayerische DGB-Vorsitzende und langjährige SPD-Abgeordnete Fritz Schösser ist Ende Mai im Alter von 71 Jahren völlig überraschend gestorben.

SCHÖSSER war Mitglied in beiden Gremien der Akademie: im Beirat von 1991 bis 2001 und im Kuratorium von 2007 bis 2013. Oft war er ein geschätzter und kompetenter Referent, wenn es bei Akademietagungen um Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ging.

Er wurde 1947 in Töging am Inn geboren. Er absolvierte die Mittlere Reife und machte anschließend eine Ausbildung zum Industriekaufmann. Früh zog es ihn in die Gewerkschaft. Er arbeitete zunächst als Geschäftsführer des DGB-Bildungswerks Bayern, später wurde er hauptamtliches Vorstandsmitglied und von 1990 bis 2010 Chef des bayerischen DGB.

Als SPD-Politiker machte Schösser sich ebenfalls einen Namen. Er war von 1992 bis 1994 Mitglied des Bayerischen Senats und von 1994 bis 1998 Landtagsabgeordneter für die Sozialdemokraten. Von 1998 bis 2005 saß er für die SPD im Deutschen Bundestag. Dort galt er als scharfer Kritiker des Agenda-2010-Kurses des damaligen SPD-Bundeskanzlers Gerhard Schröder. Trotzdem stimmte er für die umstrittenen Hartz-Reformen, was er später als Fehler bezeichnete. Er lud auch schon mal drei SPD-Bundestagsabgeordnete von den Maikundgebungen aus, weil sie der Rente mit 67 zugestimmt hatten.



Fritz Schösser bei der Maikundgebung in Kempten 2010 (links) und bei einer Akademietagung im Jahr 2005

© High Contrast / CC BY 3.0 DE / © Schröder (APB)

Unermüdlich und laut erhob Fritz Schösser seine Stimme für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Er stand immer klar und konsequent für seine Überzeugungen ein und scheute keine Auseinandersetzung. Wir in der Akademie erlebten ihn bei unseren Tagungen und Gremiensitzungen immer als streitbaren Kopf, der aber auch stets ein fairer und humorvoller Diskussionspartner blieb. Als die damalige Landesversicherungsanstalt Oberbayern in den 1990er Jahren beabsichtigte, ihr Anwesen Buchensee zu verkaufen, war u. a. er es, der als „alternierender Vorsitzender der LVA Oberbayern“ dies verhinderte und damit den Standort Tutzing für die Akademie sicherte. Auch dafür schätzte der frühere Akademiedirektor Heinrich Oberreuter Schösser besonders und setzte ihn als Mitglied der Findungskommission für seine eigene Nachfolge ein.

Schösser war Träger der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold, des Bayerischen Verdienstordens und des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse.

Die Akademie trauert mit seiner Familie und wird Fritz Schösser ein ehrendes Andenken bewahren. 

Michael Schröder

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Roberta Astolfi M.A.

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik, Schwerpunkt Asien-Pazifik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Beate Winterer M.A.

Auf den Spuren von Teilung und Einheit

„Seit die AfD im Bundestag sitzt, ist nichts mehr wie es war“, sagte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags Claudia Roth. Sie sprach als prominenter Gast beim Personalseminar in Berlin vor Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Akademie.

DIE GRÜNE POLITIKERIN sieht „Diskurszerstörung und Angriffe auf demokratische Institutionen und moralische Prinzipien unserer Demokratie“: „Wenn Frauen im Parlament reden, kommen oft sexistische Sprüche aus den Reihen der AfD.“ Sie beobachtet eine Entgrenzung von Sprache: „Nach der Entmenslichung der Sprache folgt die Entmenslichung selbst“, sagte Roth. Als Beispiel nannte sie den AfD-Abgeordneten Gottfried Curio, der in einer Debatte zur doppelten Staatsbürgerschaft gesagt hatte: „Ein zur Regel entarteter Doppelpass untergräbt Staat und Demokratie.“ Die frühere Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), wollte der AfD-Fraktions- und Parteichef Alexander Gauland „in Anatolien entsorgen“. Einen Vorteil habe das Auftreten der AfD dennoch: „Wir anderen Fraktionen wachsen zusammen.“ Zur Frage, ob und wann es einen Bundestagsvizepräsidenten der AfD geben werde, sagte Roth: „Der Grundsatz, dass jede Fraktion einen Vizepräsidenten stellt, steht zur Debatte.“

Spuren der Geschichte

Beim weiteren Programm des Personalseminars begaben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie in Berlin auf die Suche nach Spuren der deutschen Teilung nach 1945 und der Einheit nach 1990.

Im Schloss Cecilienhof, dem Ort der Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945, wurden die Räume besichtigt, in denen die „Großen Drei“ Josef Stalin (UdSSR), Harry S. Truman (USA) sowie Winston Churchill und Clement Attlee (Großbritannien) über die Nachkriegsordnung in Europa und die Teilung Deutschlands verhandelten. Die Arbeit deutscher Diplomaten vom Kaiserreich bis heute lernten die Akademie-Mitarbeiter im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts kennen. In den Tresorräumen der ehemaligen Reichsbank sahen sie unter anderem eine Kopie des verschollenen Versailler Vertrags.



Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth im Gespräch mit Tagungsleiter Michael Schröder
© Winterer (APB)

Vom Alltag der Bürger in Ost-Berlin vor 1989 erfuhren die Kolleginnen und Kollegen beim Stadtteilrundgang durch den Prenzlauer Berg. Anhand von Bildern ließen die Stadtführer vor den renovierten Altbauten die Fassaden aus DDR-Zeiten auferstehen und erzählten vom Leben in den auffälligen Mietskasernen.

Digitaler Parlamentsjournalismus

Wie sich Journalismus im digitalen Zeitalter verändert, erläuterte die BR-Korrespondentin Anita Fünffinger im ARD-Hauptstadtstudio. Insbesondere die Zielgruppe der Jüngeren müsse auf den digitalen Ausspielwegen mit altersgemäßen Formaten für Politik und die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks interessiert werden. Als gelungenes Beispiel nannte sie die preisgekrönte „NewsWG“ des BR. Frei nach dem Motto: Kommt die Jugend nicht zur Nachricht, dann kommt die Nachricht eben zur Jugend.



BR-Korrespondentin Anita Fünffinger vom ARD-Hauptstadtstudio sprach über den Wandel des Parlamentsjournalismus in digitalen Zeiten.

© Schröder (APB)

Bei unseren Personalseminaren steht jedoch nicht nur die politische Bildung, sondern auch der Austausch zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Arbeitsbereiche auf dem Programm. Dazu hatten sie bei einer Schifffahrt über die Havelseen und einer Brotzeit im Biergarten am Wannensee Gelegenheit.



Michael Schröder
Beate Winterer

Politische Bildung und Verfassung

Eine Delegation mit Juristinnen und Juristen von der Korea Universität in Seoul, weiteren koreanischen Universitäten sowie aus der südkoreanischen Nationalversammlung diskutierte mehrere Tage über Verfassungsfragen und ihre Anwendung im Rahmen der politischen Bildung.*

DIE TAGUNG wurde eröffnet vom Botschafter der Republik Korea in Deutschland Bum Goo Jong. „Korea und Deutschland haben ein besonderes Verhältnis, das insbesondere durch die Erfahrungen der Teilung geprägt ist. Wir Koreaner würden gern von den deutschen Erfahrungen lernen und profitieren“, sagte er.

„Beide Länder liegen geografisch weit auseinander, aber verfassungsgeschichtlich scheinen sie Seite an Seite zu gehen – wobei die Stufe der Wiedervereinigung in Korea noch fehlt“, so Delegationsleiter Seon-Taek Kim, Direktor des Forschungszen-



Korea zu Gast in Tutzing: in der Bildmitte von links Delegationsleiter Seon-Taek Kim, Botschafter Bum Goo Jong, Akademiedirektorin Ursula Münch und Hans-Jürgen Papier

© Winterer (APB)

trums für Parteienrecht an der Korea Universität. Auf deutscher Seite referierten unter anderem Akademiedirektorin Ursula Münch, ihr Vorgänger Heinrich Oberreuter, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier sowie der ehemalige Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Karl Huber. Ein Besuch des Deutsch-Deutschen Museums in Mödlareuth (Little Berlin) rundete das Programm ab.



Gero Kellermann

* Der Delegationsbesuch war eine Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung, der School of Law der Korea Universität sowie der Constitutional Academic & Professional Association, Seoul.

Besuch aus China

EINE DELEGATION der „Gesellschaft des chinesischen Volkes für die Freundschaft mit dem Ausland“ besuchte mit der stellvertretenden Leiterin der Europaabteilung, Chunmei Hu (Foto), die Akademie, um sich über die Europawahl zu informieren. Akademiedirektorin Ursula Münch und ihr Referent Jörg Siegmund erläuterten das europäische Parteiensystem, Institutionen und Verfahren, die unterschiedlichen Profile der Parteien und die Entwicklung des Wahlverhaltens. Frau Hu interessierte sich besonders für europakritische Bewegungen.



SH



© ARCHIV (APB)

Aus der maritimen Geschichte der Akademie

Von den zahlreichen Aktivitäten der Akademie zu Lande ist an dieser Stelle ja oft die Rede. Heute aber wollen wir der Jahreszeit gemäß das Element Wasser ansprechen. Denn auch damit steht unsere Akademie vielfach in Verbindung.

AM AUFFÄLLIGSTEN ist wegen der privilegierten Lage am See der Badesteg der Akademie, der sich bei unseren Gästen in den Sommermonaten vor oder nach Vorträgen und hitzigen Diskussionen größter Beliebtheit erfreut.

Akademisches Badeleben

Wohl wegen unziemlicher Entgleisungen und Verfehlungen sah sich der Gründungsdirektor Felix Messerschmid früh dazu genötigt, „Einige Bemerkungen zum akademischen Badeleben“ zu fixieren. Darin heißt es (humorig) programmatisch:

1. Schwimmen und sich politisch bilden sind nicht notwendig Gegensätze; die Akademie freut sich also, auch eine große Badewanne vor der Haustür und darin einen Badesteg bieten zu können. Gegebenenfalls hat die Politische Bildung den Vorrang.
2. Dieses Wasser hat keine Balken, dieser Badesteg keine Aufsicht; Sie riskieren also Leben und sein Zubehör ganz auf eigene Gefahr.
3. Gebadet wird nur im (und am) Wasser. Der Park ist nicht Badeplatz, auch nicht zum Luft- und Sonnenkult; dieses Vorrecht genießen nur die heidnischen Stelen, und noch die sind aus Stein und stehen aufrecht (Privileg der Wissenschaft).
4. Nöcke und Nixen sind (leider) nur Fabel- und Märchenwesen; wer also keinen Bademantel zur Bedeckung hat, muß sich dessen, wessen er zum Schwimmen nicht unbedingt bedarf, unten am See in einer akademischen Badehütte entledigen.
5. Zur Bildung, auch zur politischen, gehört zuzeiten Stille, vor allem nachts. Wasserflächen reflektieren und potenzieren Lärm.

Inwieweit diese strikten Regularien in der Praxis ge-griffen haben, ist leider nicht überliefert.

Überliefert ist hingegen, dass der Badesteg von Beginn an im Fokus von Baumaßnahmen stand. Davon zeugt nicht zuletzt die reichhaltige Korrespondenz mit

der zuständigen Bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung (BSSV). Die 1938 bewilligte Schiffshütte mit Badestiege und Badehütte mit Terrasse wurde auf Anweisung der Seenverwaltung 1942 abgebrochen, aus dem See entfernt und durch einen kleineren „Bootssteg mit Sonnenliegeplatz“ ersetzt. Der wurde 1956 vollständig erneuert. Bis heute sind die nötigen Reparaturen am Steg von der BSSV dankenswerterweise immer genehmigt worden.

Hingegen wurde der von der Landesversicherungsanstalt (LVA) Oberbayern, der unmittelbaren Vorgängereinrichtung im „Haus Buchensee“, gestellte Antrag auf Erstellung von Badekabinen von der BSSV negativ beschieden.

Akademieboje

1976 hatte sich der damalige Akademiedirektor Manfred Hättich bei der BSSV um einen Bojenplatz in Nähe des Badestegs beworben. Ihm wurde daraufhin mitgeteilt, dass er „in die hieramts geführte Vormerkliste am 22.4.1976 unter Nr. 169 eingetragen“ worden sei. Nach fast elfjähriger Wartezeit nahm der Akademiekonvent 1987 die nun bewilligte Boje an. Aber die Freude darüber währte nicht lange. Hättich teilte dem Kollegium mit, dass ab 1993 eine exorbitante Kostensteigerung der Jahresmiete von bislang 110 auf ca. 880 DM drohe. So wurde der Bojenplatz der Akademie aus Sparsamkeitsgründen wieder aufgegeben.



Die Jungfernfahrt des „Paragraph“ mit Hans Friedrich an den Riemen (links)

© Archiv (APB)

Nur wenige wissen von dem akademieeigenen Ruderboot „Paragraph“. Der „Stapellauf“ war wenig feierlich ausgefallen, da das bescheidene Boot statt mit Champagner mit Bier getauft und dem See anvertraut wurde. Mutig wagte der damals dienstälteste Dozent, Hans Friedrich, sogleich eine erste Ausfahrt mit dem „Paragraph“.



Steffen H. Elsner

Internationale Politik



Lukas D. Herr,
Marcus Müller,
Anja Opitz,
Jürgen Wilzewski (Hrsg.)

Weltmacht im Abseits
Amerikanische Außenpolitik
in der Ära Donald Trump

Tutzing Studien zur
Politik, Band 15

Nomos, Baden-Baden 2019

ISBN 978-3-8487-5945-3,
341 Seiten

Weltmacht im Abseits

Amerikanische Außenpolitik in der Ära Donald Trump

DIE WAHL DONALD TRUMPS zum 45. Präsidenten der USA hat die Weltöffentlichkeit überrascht und Beunruhigung ausgelöst. Trumps America-First-Rhetorik hatte bereits im Präsidentschaftswahlkampf 2016 die Sorge vor einer radikalen Präsidentschaft genährt. Vor allem der politische und moralische Führungsanspruch der USA, der als Grundlage mit jener liberalen Weltordnung verbunden war, die die Weltmacht seit dem Zweiten Weltkrieg mitaufgebaut hatte, scheint infrage gestellt. Der Band untersucht, welche gesellschaftlichen, institutionellen und internationalen Faktoren für die Außen- und Sicherheitspolitik der USA in der Ära Trump verantwortlich gemacht werden können, nach innen wie nach außen.

Mit Beiträgen von Hakan Akbulut, Florian Böller, Andreas Falke, Gerlinde Groitl, Steffen Hagemann, Lukas D. Herr, Gerhard Mangott, Marcus Müller, Sonja Thielges, Charlotte Unger und Jürgen Wilzewski.

Digitalisierung



Ludwig Krüger,
Michael Spieker (Hrsg.)

**Big Data im
Gesundheitswesen**
Lehrmaterialien für den
Schulunterricht.
Jahrgangsstufen 10 bis 13

Akademie für Politische
Bildung, Tutzing 2019

ISBN 978-3-9814111-8-8,
58 Seiten

Big Data im Gesundheitswesen

Lehrmaterialien für den Schulunterricht. Jahrgangsstufen 10 bis 13

»BIG DATA« bezeichnet die systematische und zunehmend automatisierte Erfassung, Vernetzung und Auswertung von Daten und umfasst schon jetzt alle Lebensbereiche. So auch den Gesundheitsbereich: Von der Telemedizin und neuen Möglichkeiten bei Prävention, Diagnose, Behandlung und Nachversorgung über das »digitale Krankenhaus« bis hin zur individuellen Selbstvermessung und der Möglichkeit, die Gesundheit stärker selbst in die Hand zu nehmen, entfaltet sich eine Entwicklung, die mit vielen Hoffnungen, aber auch mit vielen Befürchtungen verbunden ist.

Die vorliegende Unterrichtseinheit ist das Produkt eines interdisziplinären Expertendiskurses an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, dem Tutzing Diskurs. Die Materialien sollen Einblicke in die verschiedenen Perspektiven (zum Beispiel philosophische, unternehmerische, juristische) von »Big Data« im Gesundheitsbereich geben, die Schülerinnen und Schüler zu einem eigenen, differenzierten Urteil anleiten, für den Umgang mit den eigenen Daten sensibilisieren und dazu beitragen, dass die jungen Menschen diese Entwicklung mündig mitgestalten können.

Inklusion



Anselm Böhmer,
Ann-Christin Damm,
Firengiz Degler, Merima
Džaferović, Simon Goebel,
Christian Hofmann, Karin
Hutflötz, Jannes Jacobsen,
Erdoğan Karakaya, Annette
Korntheuer, Uwe Kraus,
Asya Markova, Dennis
Mehmet, Armaghan
Naghipour, Elke Reinhart

Wege der Integration
4. Tutzing Diskurs

Akademie für Politische
Bildung, Tutzing 2018

ISBN 978-3-9814111-7-1,
153 Seiten

Wege der Integration

4. Tutzing Diskurs

DIE FRAGE der Integration steht in Deutschland und Europa vielfach im Zentrum gesellschaftlicher und politischer Debatten. Seit Januar 2018 versammelten sich im Rahmen des 4. Tutzing Diskurses 15 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis mit dem Ziel, Wege der gesamtgesellschaftlichen Integration aufzuzeigen. Die Ermöglichung umfassender Teilhabe und die Entwicklung eines inklusiven Gesellschaftsbegriffs standen dabei im Zentrum.

Ziel und Anspruch des Tutzing Diskurses ist es, kontroverse aktuelle Themen zu erörtern, aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten und Ideen für die Politik zu erarbeiten. Die vorliegende Publikation versammelt das Ergebnis des 4. Tutzing Diskurses zum Thema »Wege der Integration«

Inklusion



Michael Spieker /
Akademie für Politische
Bildung (Hrsg.)

Migration und Integration
Materialien und Impulse
zum 4. Tutzing Diskurs

Akademie für Politische
Bildung, Tutzing 2019

ISBN 978-3-9814111-6-4,
76 Seiten

Migration und Integration

Materialien und Impulse zum 4. Tutzing Diskurs

DER 4. TUTZINGER DISKURS greift ein Thema auf, das in der gesamten Gesellschaft vor allem seit der sogenannten »Flüchtlingskrise« 2015/16 verstärkt debattiert wird: Integration, meist im Zusammenhang mit Zuwanderung und Migration behandelt, steht häufig im Mittelpunkt medialer Berichterstattung und öffentlicher Auseinandersetzungen und polarisiert dabei die Gesellschaft.

Das interdisziplinäre Projekt an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, bei dem sich 15 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis zusammengefunden haben, erarbeitet Ideen zu »Wegen der Integration«. Ergänzend zur Publikation der Diskursgruppe versammelt das vorliegende Heft Impulse und Interviews, Daten und Fakten, Materialien und kurze Beiträge zu den Themen Migration und Integration.



© SCHRÖDER (APB)

Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

SEPTEMBER 2019

September	Filmgespräch am See	36-1
8.	In Zusammenarbeit mit dem Fünf Seen Filmfestival	
Leitung:	Ursula Münch / Matthias Helwig	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
September	■ Internationale Akademie ■	37-1
9. – 11.	Migration and History Education	
	In Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik	
Leitung:	Michael Mayer / Susanne Popp	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
September	Ein Blick auf ausgewählte Themen der internationalen Politik und Sicherheitspolitik	37-4*
11. – 13.		
	In Kooperation mit dem Kommando Sanitätsdienstliche Einsatzunterstützung	
Leitung:	Anja Opitz / Karlheinz Anton Romeis	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
September	Das „humanum“ im Zeitalter der Digitalisierung	37-2
13. – 14.		
	In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Informatik e.V. und der Initiative D21 e.V.	
Leitung:	Ursula Münch / Gero Kellermann / Wolfgang Glock / Carsten Trinitis / Philipp Müller	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
September	■ Tutzing Journalistenakademie ■	37-3
15. – 17.	15. Tutzing Radiotage	
	Handwerk statt Buzzwords	
Leitung:	Michael Schröder	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
September	Technik und Gesellschaft	38-1
19. – 20.		
	In Zusammenarbeit mit acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften	
Leitung:	Andreas Kalina / Marc-Denis Weitze	
Sekretariat:	Viktoria Aratsch	Tel. +49 8158 256-53
September	1949 – 1989 – 2019	39-3
27. – 29.	Eine Standortbestimmung des vereinten Deutschlands	
	In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Europäischen Akademie Bayern	
Leitung:	Michael Schröder / Markus Gloe / Rupert Gröbl / Birgit Schmitz-Lenders	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
September	Akademiegespräch am See mit Bundespräsident a.D. Joachim Gauck	39-4*
27.		
	30 Jahre Friedliche Revolution	
	Rückblick, Lehren und Perspektiven	
Leitung:	Ursula Münch / Michael Schröder	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
	Teilnahme nur mit persönlicher Einladung	
September	■ Internationale Akademie ■	40-1*
30. – 4.	Borders in South-East Europe	
Oktober	58. Internationale Hochschulwoche	
	In Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft München	
Leitung:	Wolfgang Quaisser / Christian Hagemann / Sophie Schabert	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58

Tiefgang am See

OKTOBER 2019

Oktober	Democracy Revisited	41-3
10. – 11.	Praktiken, Ordnungen und Begrenzungen der liberalen Demokratie von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart	
	Theodor-Heuss-Kolloquium 2019	
	In Zusammenarbeit mit der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus	
Leitung:	Ursula Münch / Andreas Kalina / Philipp Gassert / Kristian Buchna	
Sekretariat:	Viktoria Aratsch	Tel. +49 8158 256-53
Oktober	Neues Parlament, neue Kommission – neues Europa?	42-2
18. – 20.	Perspektiven europäischer Politik nach den Wahlen 2019	
	In Zusammenarbeit mit der Europa-Union Deutschland e.V.	
Leitung:	Andreas Kalina / Ralf Bingel / Walter Brinkmann	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58

Oktober	Tatort Internet	43-2*
23. – 25.	Gefahr für Staat und Gesellschaft	
	In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern e.V.	
Leitung:	Gero Kellermann / Rainer Nachtigall	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
Oktober	■ Internationale Akademie ■	43-9*
23. – 25.	Der Holocaust in Europa	
	Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Implementierung in West- und Osteuropa	
	In Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Büro Jerusalem	
Leitung:	Michael Mayer / Alexander Brakel	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
	Veranstaltung in Jerusalem	

AKADEMIE INTERN



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Saskia Hieber sprach bei der Hanns-Seidel-Stiftung in Moskau über den INF-Vertrag. An der Tongji-Universität in Shanghai hielt sie auf Einladung der Görres-Gesellschaft einen Vortrag über Umweltnutzung im ländlichen Raum. Vor dem Europa-Ausschuss des Bayerischen Landtags erläuterte sie Chinas Außenwirtschaftspolitik. Auf ARD-Alpha sprach Hieber über Chinas Seidenstraßeninitiative. Bei der Hanns-Seidel-Stiftung in München diskutierte sie Chinas Auslandsinvestitionen.

Dr. Andreas Kalina sprach in Tutzing unter dem Titel „Europa ohne Europäer?“ über die Entwicklungslinien, Defizite und den Reformbedarf der EU. Dort referierte er zum Thema „Neues Parlament, neue Kommission – neues Europa?“. Auf Schloss Fürstenstein nahm er am Europagipfel teil. Die Wahlen zum EU-Parlament und die anschließenden Verhandlungen kommentierte Kalina als regelmäßiger Gesprächspartner und Kolumnist in Printmedien, Radio und Fernsehen. Bei ARD-Alpha analysierte er die Entwicklungen in der EU und die politische Lage in Tschechien. Für den ARD-Weltspiegel ordnete er den Populismus in Europa ein.

Dr. Robert Lohmann, ehemaliger Gastdozent für Politiksimulationen, wurde für einen Teil seiner kumulierten Dissertation (Simulations Matter – Wirkungsweisen und Mehrwert von Politiksimulationen) auf dem 32. Europäischen Planspielforum der Sonderpreis des Deutschen Planspielpreises verliehen. Die Arbeit basiert in weiten Teilen auf seiner Arbeit mit Politiksimulationen an unserer Akademie. Wir gratulieren!

Dr. Michael Mayer hielt im Rahmen der Zwischen-evaluation seiner Habilitation einen Vortrag vor dem Fakultätsrat für Sozialwissenschaften der Universität der Bundeswehr München zum Thema „Gehversuche der jungen Demokratie. Die Praxis der Asylpolitik in der frühen Bundesrepublik“.

Dr. Anja Opitz hielt im Rahmen des Exzellenz-Programms der Bayerischen Staatskanzlei einen Vortrag zu „Neuen Dynamiken der Welt(un)ordnung“. Vor dem Beirat der Akademie sprach sie über „Herausforderungen der internationalen Beziehungen und Sicherheitspolitik“. Bei der multinationalen EU-Übung „CJEX 2019“ in Hamburg fungierte sie als Political Advisor und hielt einen Vortrag zum Planungsprozess von GSVP-Operationen.



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch hatte anlässlich der bayerischen Gastgeberrolle bei der in Würzburg stattfindenden Gemeinsamen Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente die Gelegenheit, zum einen über das Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse und sichere Lebensperspektiven“ zu sprechen und zum anderen eine erste Einschätzung zum Ausgang der Wahlen zum Europaparlament zu geben. Bei der Einweihung des Bayerischen Forschungsinstituts für die Digitale Transformation (bidt), dessen Direktorium sie angehört, hielt sie den Eröffnungsvortrag zum Thema „Digitale Transformation: Mehr als eine Herausforderung. Eine Gestaltungsaufgabe“. Ebenfalls mit den Auswirkungen der Digitalisierung befasste sich ihr Vortrag beim 14. „Internationalen For..Net Symposium“ über „Digitale Bildung. Digitale Haltung“ in Passau, das ihr bidt-Kollege Dirk Heckmann veranstaltete. Hier ging es im Vortrag auch um politische Gestaltung – jedoch bezogen auf das Thema Bildung. Ebenfalls an der Universität Passau fand die „Juni-Konferenz“ der European Law Students Association (ELSA) statt. Als Vortragende zum Thema Populismus und Mitwirkende an einer Podiumsdiskussion erlebte sie, dass das studentische Direktorenteam eine Konferenz auf die Beine zu stellen vermochte, die nicht nur den Teilnehmern und Teilnehmerinnen Freude machte und intellektuell bereicherte. Dass es dort in einem Workshop auch um die (nicht ganz ernst gemeinte) Frage ging, ob man angesichts der demografischen Verschiebungen in der Wählerschaft Rentnerinnen

und Rentnern womöglich das Wahlrecht entziehen sollte, schlug die thematische Brücke zu einer von der Körber-Stiftung verantworteten Podiumsdiskussion. Diese befasste sich anlässlich des deutschen Stiftungstags in Mannheim mit dem Thema „Rentnerdemokratie“ – Wer hat die Macht in der alternierenden Gesellschaft?“. Bei einer Berliner Konferenz des Fachdialogs Sicherheitsforschung über die gesellschaftlichen Dimensionen der Sicherheitsforschung trug die Direktorin über die föderale Sicherheitsarchitektur in der politischen und öffentlichen Debatte vor. Und ein Vortrag vor der evangelischen Kirchengemeinde in Ebenhausen galt dem Thema: „Wenn der Partner schwieriger wird: Die Entwicklung von Gesellschaft und Politik in den USA“.

An der Universität der Bundeswehr München moderierte Ursula Münch anlässlich des 75. Jahrestags des gescheiterten Attentats auf Hitler der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg eine Podiumsdiskussion zum Thema Zivilcourage. Ebenfalls an der Bundeswehruniversität hatte sie – leider letztmalig – die Gelegenheit, mit ihrer Historikerkollegin Sylvia Schraut in einem interdisziplinären Masterseminar „Sozialpolitische Herausforderungen in Geschichte und Gegenwart“ gemeinsam zu lehren. Und schließlich wurde die Direktorin an der diesjährigen Kampagne der Allianz der Wissenschaftsorganisationen „Freiheit ist unser System. Gemeinsam für die Wissenschaft“ beteiligt: Ihre Antworten auf die „Fragen zur Freiheit“ sind auf der Webseite „wissenschaftsfreiheit.de“ nachzuhören.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.